



Sonderausgabe

# FIGU ZEITZEICHEN



**Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse**

Erscheinungsweise:  
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

11. Jahrgang  
Nr. 155 Mai/4 2025

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

\*\*\*\*\*

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

#### **Art. 19 Menschenrechte**

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

\*\*\*\*\*

**Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.**

\*\*\*\*\*

## **Das ist blanke Diktatur in der Schweiz**

**Medienmitteilung = Kampagne  
NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag –  
JA zu einer freien und erfolgreichen Schweiz  
EU-Unterwerfungsvertrag:  
«Noch schlimmer für die Schweiz als befürchtet»**

7. Mai 2025

**Dass der Bundesrat den EU-Vertrag geheim hält, ist ein Affront  
gegen die direkte Demokratie und die Bevölkerung.**

Zumal gemäss «Blick» EU-Parlamentarier den Vertrag noch vor dem Schweizer Volk lesen konnten. Auf Druck der SVP konnten einzelne Schweizer Parlamentarier Einsicht nehmen. Für die SVP waren Vizepräsidentin Magdalena Martullo-Blocher und Fraktionspräsident Thomas Aeschi dort.  
Ihr Fazit: «Der EU-Vertrag ist für die Schweiz noch schlimmer als befürchtet.»



Der EU-Unterwerfungsvertrag, den der Bundesrat dem Volk seit dem letzten Dezember verheimlicht, umfasst über 750 Seiten. Hinzu kommen dann noch 1050 Seiten für die Botschaft und die Gesetzesanpassungen – denn die Schweiz müsste mit Vertragsunterzeichnung sofort 150 EU-Richtlinien und ebenso viele Detail-Regulierungen übernehmen.

Auf Druck der SVP konnten SVP-Vizepräsidentin Magdalena Martullo-Blocher und Fraktionspräsident Thomas Aeschi den Vertrag einsehen. Nachfolgend ihre Eindrücke:

Magdalena Martullo-Blocher: «Ich bin von diesen über 750 Seiten erschlagen. Dazu kommen noch 150 Richtlinien, die die Schweiz sofort übernehmen muss. Der Vertrag ist kompliziert und voller juristischer Winkelzüge. Heerscharen von EU-Juristen und -Beamten haben sich hier selbstverwirklicht.

Das EU-System widerspricht dem bewährten Schweizer Pragmatismus diametral. Für unser Land ist der EU-Vertrag viel schlimmer als gedacht – die Eingriffe in unser Schweizer System sind sehr umfassend und einschneidend. Es ist ein enges Korsett, mit dem man uns Schweizerinnen und Schweizern die Luft abwürgen will. Es wird mit zukünftigen Regulierungen zusätzlich immer enger geschnürt werden. Der Vertrag basiert auf grossem Misstrauen, die Streitbeilegung ist sehr ausführlich. Eine Beziehung auf Augenhöhe ist das auf keinen Fall!

Der Vertrag ist derart schlecht für die Schweiz – man hat den Eindruck, dass der Bundesrat und seine Beamten ihn nicht auf seine praktischen Auswirkungen untersucht haben.

Dass nur einzelne Parlamentarier unter Geheimhaltungspflicht und anderen absurden Auflagen Einsicht nehmen können, ist ein Affront gegenüber dem Volk und unserer direkten Demokratie. Der Bundesrat verpasst damit auch uns Volksvertretern einen Maulkorb. Der Vertrag ist dem Volk sofort offenzulegen. Die 150 EU-Richtlinien sind erst der Anfang – da kommen jährlich weitere dazu, die wir übernehmen müssen. Politiker und Bundesbeamte fordern schon ständige Delegationen in Brüssel, um dort weitere Befehle entgegenzunehmen.»

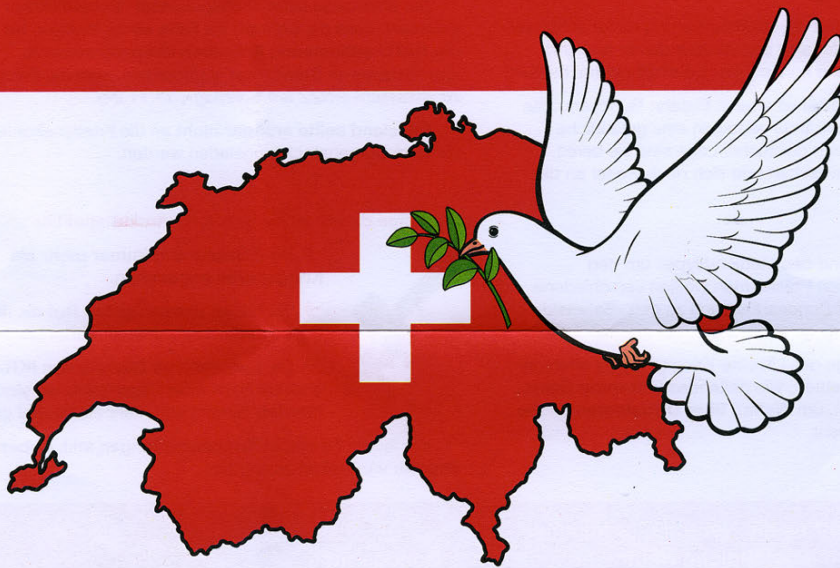
Thomas Aeschi: «Ich bin schockiert darüber, wie schlecht dieser Vertrag verhandelt wurde. Damit würde alles zerstört, was die Schweiz erfolgreich macht. Aufgrund der absurden Geheimhaltungsverpflichtung können wir hier nicht ins Detail gehen. Nur so viel: Ich sehe unsere schlimmsten Befürchtungen mehr als bestätigt. Es ist sonnenklar: Dieser Vertrag ist das Ende des Bilateralen Weges. Er ist die totale Unterwerfung unter die EU! Mit dem EU-Vertrag müsste die Schweiz:

- automatisch EU-Recht übernehmen;
- die Volksrechte preisgeben – das wäre das Ende der direkten Demokratie;
- die ganze EU-Bürokratie übernehmen;
- sich fremden Richtern unterwerfen – bei Streitfällen entscheidet das Gericht der Gegenpartei: der EU-Gerichtshof;
- noch mehr Zuwanderung hinnehmen – wenn die Schweizer Bevölkerung die Zuwanderung begrenzen will, dann kann die EU unser Land mit Sanktionen und Bussen bestrafen;
- Milliarden an Steuergeldern nach Brüssel bezahlen.»

Quelle: <https://www.svp.ch/aktuell/publikationen/medienmitteilungen/eu-unterwerfungsvertrag-noch-schlimmer-fuer-die-schweiz-als-befuerchtet/>  
(Haupttitel: Billy)

Was geboten wird mit dem EU-Vertrag, wenn dieser ratifiziert wird, dann entspricht das nicht nur einem Landesverrat, sondern einem Hochverrat, denn das Ganze bedeutet eine fahrlässige und selbstherrliche Abänderung von Teilen der bestehenden Verfassung zu Gunsten der EU-Diktatur, und zwar entgegen dem Willen des Volkes und der absoluten Neutralität, und so also entgegen dem Frieden und der Freiheit des Staates Schweiz und gegen den Willen und zum Nachteil des Volkes. Billy

**Neutralität schützt.  
Neutralität nützt.**



**Neutralitäts-  
Initiative JA**



**PRO**

Schweiz  
Suisse  
Svizzera  
Svizra



Eine glaubwürdige Schweizer Neutralität ist wichtiger denn je!

# Schluss mit der gefährlichen Neutralitätspolitik von Bundesrat und Parlament!

Die vergangenen Jahre und Monate haben gezeigt: Jederzeit und überall können auch in Europa Konflikte und Kriege und/oder Cyberangriffe und Anschläge auf lebenswichtige Infrastrukturen stattfinden!

Angriffe und Attacken, die Tod, Elend, Leid und Zerstörung für jedes beteiligte Land bringen.

Wollen wir unser Land und unsere Bevölkerung davor schützen, gibt es nur einen Weg, der sich seit Jahrhunderten bewährt: Wir müssen glaubhaft und konsequent wehrhaft neutral bleiben!

Unsere bewährte Neutralität ist aber in Gefahr: Bundesrat, die meisten Parteien und Verbände verfolgen eine gefährliche Neutralitätspolitik. Je nach politischer Lage sind sie bereit, unsere Neutralität aufzuweichen und sich noch weiter an die NATO anzubinden.

## Hier einige Beispiele:



→ Aufgrund des Medien-Hypes um den ukrainischen Präsidenten wollten verschiedene Schweizer Bundesräte auch zu den «**Selenski-Umarmern**» gehören, statt neutral zu bleiben.

→ Im Zuge des Ukraine-Krieges wurde offen darüber debattiert, wie geltendes Schweizer Gesetz umgangen werden kann, um **Waffen über Drittstaaten an die Ukraine** liefern zu können!

→ Einige Bundesräte und fast alle Parteien fordern eine **Annäherung an die NATO**.

→ Die zurückgetretene Mitte-Bundesrätin Viola Amherd und Vorsteherin des VBS hat alles darangesetzt, um **unser Land weiter an die NATO anzubinden**.

→ Der ehemalige Mitte-Parteipräsident Gerhard Pfister hat gefordert, dass die Schweiz **im Falle eines Krieges für die NATO entlastende Aufgaben übernehmen soll**. Zum Beispiel im Bereich der «Luftpolizei», «um die Europäer zu entlasten» («NZZ am Sonntag», 11.11.24).

→ **Russland sollte erst gar nicht** an die Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock eingeladen werden.

## Die Folge dieser gefährlichen Neutralitätspolitik:



→ Die Schweiz wird **immer mehr als Kriegspartei angesehen**.

→ Wir haben unseren **guten Ruf als neutrale Friedensvermittlerin verloren**.

→ Die **humanitären Dienste von IKRK** und anderen Schweizer Organisationen **sind gefährdet**, da wir nicht mehr als neutral gelten.

→ Wir laufen Gefahr, in **Kriegshandlungen inkl. Cyberangriffe** verwickelt zu werden.

## Deshalb braucht es die Neutralitäts-Initiative:

- ✓ Sie beendet die gefährliche Neutralitätspolitik des Bundesrates.
- ✓ Sie macht die Schweiz wieder zu einer glaubwürdigen und verlässlichen Friedensvermittlerin.
- ✓ Sie schützt unser Land und die Bevölkerung effektiv vor Konflikten und Kriegen.

Ich will mehr über die Neutralitäts-Initiative erfahren.  
[neutralitaet-ja.ch](http://neutralitaet-ja.ch)



Jawohl, ich will auch, dass unser Land vor Angriffen und Kriegen geschützt wird. Ich mache mit und werde Unterstützer der Neutralitäts-Initiative.  
[neutralitaet-ja.ch](http://neutralitaet-ja.ch)



Ich will mich auch für die Beibehaltung unserer Neutralität, für Freiheit und Sicherheit einsetzen. Ich mache mit und werde ProSchweiz-Mitglied:  
[proschweiz.ch/mitglied-werden](http://proschweiz.ch/mitglied-werden)



Jetzt müssen wir etwas unternehmen! Ich unterstütze den Abstimmungskampf für eine glaubhafte und konsequente Neutralität mit einer Spende auf [neutralitaet-ja.ch/spenden/](http://neutralitaet-ja.ch/spenden/)

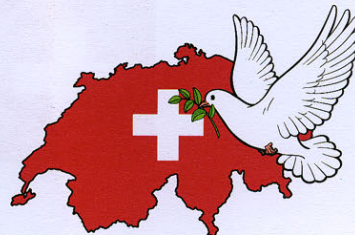
QR-Code mit der TWINT App scannen  
✓ Betrag und Zahlung bestätigen



Neutralitätsinitiative  
Postfach | CH-3822 Lauterbrunnen  
[info@neutralitaet-ja.ch](mailto:info@neutralitaet-ja.ch) | 031 356 27 27

**+ PRO**

Schweiz  
Suisse  
Svizzera  
Svizra



## Singapur führt Haftstrafe bei Impfverweigerung ein

**In Singapur droht künftig Gefängnis für Bürger, die sich einer von der Regierung angeordneten Impfung verweigern. Eine umfassende Reform des Infektionsschutzgesetzes ermöglicht nicht nur strafrechtliche Verfolgung – sondern schützt gleichzeitig die Behörden vor jeglicher Haftung.** 9. Mai 2025 von DF

Singapur hat sein Gesetz über Infektionskrankheiten (Infectious Diseases Act, IDA) grundlegend verschärft: Wer sich künftig nicht impfen lässt, obwohl dies staatlich angeordnet wurde, muss mit bis zu zwölf Monaten Haft oder hohen Geldstrafen rechnen. Die Reform sorgt bereits jetzt für Proteste, wie lifesitenews.com schreibt.

Nach den Änderungen darf der Generaldirektor für Gesundheit im Falle eines tatsächlichen oder auch nur drohenden Ausbruchs einer Krankheit eine Impfpflicht verhängen. Wer der Anordnung nicht nachkommt, begeht laut Abschnitt 51 eine Straftat. Für Erstverstöße drohen Geldstrafen von bis zu 10'000 Singapur-Dollar (etwa 6850 Euro) oder bis zu sechs Monate Gefängnis – oder beides. Wiederholungstätern kann sogar ein Jahr Haft drohen.

Brisant: Abschnitt 67 stellt klar, dass weder der Generaldirektor noch beteiligte Beamte oder Polizisten für mögliche Nebenwirkungen oder Schäden der Impfungen haftbar gemacht werden können – auch dann nicht, wenn sie im Rahmen einer staatlichen Anordnung auftreten. Bürger haben somit keine rechtliche Handhabe, sollte es infolge der Impfung zu gesundheitlichen Komplikationen kommen.

Die Reaktionen in Singapur sind laut LifeSite News gespalten. Während Befürworter die Massnahmen als notwendigen Schutz der öffentlichen Gesundheit verteidigen würden, rege sich wachsender Widerstand. Der oppositionelle Politiker Derrick Sim von der People's Power Party bezeichnete die Regelung öffentlich als «Kriminalisierung medizinischer Entscheidungen» und rief in einem Facebook-Post zur Ablehnung des Gesetzes auf. Sim, selbst mit wissenschaftlichem Hintergrund in Biotechnologie und Impfstoffentwicklung, hat das Thema auch im Wahlkampf prominent aufgegriffen.

Die Erinnerung an die rigide Covid-19-Politik Singapurs ist noch frisch. Schon damals hatten Bürger unter erheblichem Druck gestanden: Impfunwillige mussten mit Jobverlust, sozialer Ächtung und dem Ausschluss vom öffentlichen Leben rechnen. Kritik an Nebenwirkungen und Wirksamkeit der Impfstoffe wurde unterdrückt, kritische Stimmen mundtot gemacht.

Mit der neuen Gesetzgebung etabliert Singapur nun ein dauerhaftes Instrument für Impfwang – verbunden mit strafrechtlichen Konsequenzen, aber ohne staatliche Verantwortung.

Quelle: ifesitenews.com: Amendments to Singapore law could see citizens jailed for refusing vaccination - 6. Mai 2025

Quelle: <https://transition-news.org/singapur-fuhrt-haftstrafe-bei-impfverweigerung-ein>

## M U G A – Make Unser Deutschland Great Again

Beitragsautor: Von Uwe Froschauer/Beitragsdatum, Mai 9, 2025

**Gastsatire von Georg Ohrweh mit Vorwort von Uwe Froschauer**

### Vorwort

Georg Ohrweh, ein echter Demokrat, hat eine kurze Satire zu «unseren» zur Bananenrepublik verkommenen BRD verfasst.

Die misslungene Kanzler-Wahl von Friedrich Merz am 6. Mai 2025 hat die Grosse Koalition aus Union und SPD kalt erwischt. Dem BlackRock-Agenten und Kriegstreiber Friedrich Merz gelang es nur mit Stimmen von Grünen und der Linkspartei, eine Änderung der Geschäftsordnung durchzusetzen, um in einem zweiten Wahlgang am selben Tag doch noch zum zehnten Kanzler der Republik gewählt zu werden.

Dass es ein deutscher Bundeskanzler beim ersten Wahlgang nicht geschafft hat, ist ein Novum in der Geschichte der BRD. Dieser Fehlstart des neuen Bundeskanzlers ist kennzeichnend für das Wirken von Friedrich Merz vor und nach der Bundestagswahl, und wird wohl sein weiteres Tun begleiten.

Friedrich Merz, der vor der Wahl eine Lockerung der Schuldenbremse noch kategorisch ablehnte, und mit den Stimmen der AfD am 29. Januar 2025 einen Antrag zur Verschärfung der Migrationspolitik durchbrachte, der zwei Tag später dann doch vom Bundestag abgelehnt wurde, drehte seine Wahlversprechen um 180 Grad nach der Wahl, und wollte von seinem Geschwätz vor der Wahl nichts mehr wissen. Er wird wohl als Wählerbetrugskanzler 2. Wahl in jeglicher Hinsicht in die deutsche Geschichte eingehen.

Sein Bellizismus, der seinem ehemaligen Arbeitgeber BlackRock sehr viel Geld einbringt, setzt Deutschland einer erhöhten Kriegsgefahr aus. An die Ukraine gelieferte Taurusraketen zur Zerstörung der Krimbrücke findet dieser unverantwortliche Kriegstreiber ganz okay. Dass er damit Deutschland zur Kriegspartei macht, bestreitet Merz. Wie Sie das sehen, Herr Merz, ist völlig belanglos. Spielentscheidend ist es, wie es die Russen sehen, nämlich als Kriegsbeteiligung, was es auch ist. Über Aussagen wie die vom russischen Ex-Präsi-



dentem Dmitri Medwedew «Überleg zweimal, Nazi,» oder sein Vergleich des seinerzeit designierten Bundeskanzlers mit Nazi-Propagandaminister Joseph Goebbels, ebenso wie dieser Volksverführer zu lügen und die Öffentlichkeit zu manipulieren, braucht sich der frisch gebackene Bundeskanzler nicht zu wundern. Im Zweiten Weltkrieg haben 27 Millionen Russen ihr Leben gelassen, Herr Merz, und Sie kommen mit solchen unverantwortlichen und dummen Vorschlägen daher. Schämen Sie sich! 100-mal «Nie wieder Krieg» an die Tafel schreiben, Schüler Merz! Und dann in die Ecke zum Schämen!

Statt eines vor der Wahl versprochenen, konservativen Politikwandels beinhaltet der schwarz-rote Koalitionsvertrag ein links-grünes «Weiter so».

Obwohl nach Artikel 38, Abs. 1 GG die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden, und Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind, werden sie sich wohl durch den auferlegten Fraktionszwang vorerst einmal an die Inhalte des Koalitionsvertrags halten. Das wird wegen aufkommender Unstimmigkeiten nicht lange gut gehen.

Neuwahlen, verbunden mit einem Einreißen der sogenannten Brandmauer gegen weiter rechts- oder linksorientierte Parteien wären für das Wohl Deutschlands bereits jetzt meines Erachtens am besten. Würde heute gewählt werden, hätten Union und SPD keine Mehrheit. Die aktuellen Umfragewerte sprechen eine klare Sprache.

Die von Möchtegern-Demokraten – in Wirklichkeit um sesselkämpfende Antidemokraten – errichtete Brandmauer zur AfD, der momentan jeder vierte Wähler sein Vertrauen schenken würde, wird in antidemokratischer Manier beibehalten, und damit 25 Prozent der Bürger eine Ohrfeige verpasst.

Die Brandmauer ist die Lebensversicherung für die linken, grünen Parteien. Ohne die wären sie längst Fernerliefen! Deswegen auch die „Demonstrationen gegen rechts“. Die Brandmauer kostet dem Steuerzahler mehrere 100 Milliarden Euro in Form von Zusagen der Union an die Grünen für die Aufrechterhaltung ihrer Klimälüge, sowie in Form von sinnbefreiten Kompromissen mit der SPD in Migrationsfragen und dergleichen.

Merz hätte zudem ohne die vom Volk abgewählten Parteien (SPD 16 Prozent, die Grünen 11 Prozent) sein Sondervermögen für Infrastruktur und die in meinen Augen illegalen Grundgesetzänderungen für die Lockerung der Neuverschuldung nicht durchbekommen.

Die Vorgeige-Antidemokratin und DDR 2.0 anstrebende Nancy Faeser hat vor Amtsübergabe schnell noch der AfD den Status «gesichert rechtsextrem» verpassen lassen. Oh, Entschuldigung, selbstverständlich nicht die inzwischen Ex-Bundesinnenministerin Faeser, sondern der dem Bundesministerium unterstehende Verfassungsschutz, der diese Einstufung völlig unbeeinflusst vom Bundesinnenministerium vorgenommen hat. Hahaha! Was für eine Farce!

Nancy Faeser und antidemokratische Konsorten haben bis heute nicht kapiert, dass 99-prozentige Meinungsfreiheit ein Oxymoron ist, ein Widerspruch in sich. Es gibt nur 100-prozentige Meinungsfreiheit, solange niemand beleidigt wird. Alles andere ist Diktatur.

Auftragsskiller der deutschen Wirtschaft, wie Volkswirtschaftsprofessor Christian Kreiss die beiden – in meinen Augen mit Unfähigkeit geschlagenen – grünen Ex-Minister Annalena Baerbock und Robert Habeck bezeichnet hat, haben mit erhobenem Zeigefinger der Welt zu erklären versucht, wie Demokratie funktioniert. Ergebnis: Die ganze Welt lacht über Deutschland ob dieser Politdarsteller und ihrer gleichzeitig arroganten und unbeholfenen Mission, und hat einen anderen nach oben gerichteten Finger als Antwort auf deren erfolglose Missionierung gewählt. Deswegen führen diese beiden grünen Politmarionetten, die auch vielversprechenden Berufen wie zertifizierte Trampolinspringerin oder Kinderbuchautor nachgehen hätten können, die Liste mit Anzeigen wegen angeblicher Beleidigungen an. Wahrscheinlich eine Art Projektion, weil sie im tiefsten Inneren gespürt haben, dass sie eigentlich keine Ahnung von dem haben, was sie als ihre Arbeit bezeichneten – Einsatz juristischer Mittel sozusagen als Kompensation für ihre Unfähigkeit mit dem Ziel des Sesselerhalts.

Ich befürchte, die deutsche, die Welt belustigende Comedyserie setzt sich fort.

Wenn US-Vizekanzler JD Vance auf der Sicherheitskonferenz (Siko) 2025 in München europäischen und speziell deutschen Politikern ihr antidemokratisches Verhalten realitätsnah vor Augen führt, fühlen die sich angegriffen, ja, schon fast beleidigt in ihrem – nicht vorhandenen – Demokratieverständnis, was dann zu äusserst armseligen und gehaltslosen Konterreden wie der vom Kriegsminister Pistorius auf der Siko führte. Deutschland ist – man kann es nicht anders sagen – zur Bananenrepublik verkommen. Grundgesetze werden nach Belieben ausgehebelt – wie zum Beispiel während der Coronadiktatur durch das Infektionsschutzgesetz –, oder mit einer Abstimmung durch bereits abgewählte Parteien verändert. O tempora, o mores!

Georg Ohrweh, ein schier unermüdlicher Kämpfer für Freiheit, Frieden und Demokratie hat eine kleine Satire über «Unsere Demokratie» verfasst, die Sie vielleicht zum Schmunzeln bringt und zum Nachdenken anregt.

**«M U G A – Make Unserdeutschland Great Again»**

Die Post kommt. Nein, nicht die! Die Post-Demokratie ist gemeint, oder – Wenn der Merz in den Mai fällt, oder – die Ideen des Merz

Am 6. Mai 2025 wurde in Unserhauptstadt von Unserdeutschland, Unserberlin, der neue Unserbundeskanzler im zweiten Anlauf vereidigt.

Wir haben jetzt:

- Outlet-Stores für Markenartikel 2. Wahl
- Auf dem Markt Spargel 2. Wahl
- Und nun auch einen Bundeskanzler 2. Wahl

Der Schwur des zukünftigen Ex-Unserbundeskanzlers hätte aktualisiert werden sollen:

Jetzt, wo endlich mein Traum in Erfüllung geht, nur einmal im Leben Unserbundeskanzler zu werden, zahlen sich für mich alle Tricks und Kniffe aus, die ich angewendet habe, um unter allen Umständen in diese Position zu kommen. Anknüpfend an die Tradition in unserer Partei, unseren ersten Bundeskanzler Adenauer, sage auch ich: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern, von gestern, ja.

Ich schwöre, dass ich meine Kraft meinem Wohle widmen, meinen Nutzen mehren, nach Vorbild meines Vorgängers Schaden von mir wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Unserbundes formen, meine Pflichten unsorgewissenhaft erfüllen und Unsereregerechtigkeit gegen jedermann und jederfrau nicht nur üben, sondern unter allen Umständen auch durchsetzen werde, die sich mir bei der Umsetzung der Vorstellungen von Unseredemokratie in den Weg stellen. (So wahr mir wer auch immer helfe).

Der Antrittsbesuch des Unserbundeskanzlers beim Repräsentanten der noch in Unserdeutschland präsenten Besatzungsmacht wird mit Spannung erwartet.

Die Auswahl der Unsereminister verspricht viele Unserieüberraschungen. Unter den Unseriekapazitäten viele, die unter ihrem Gewissen zusammenbrechen müssten, wenn sie denn eins hätten. Weitermachen darf nur der Kriegsminister, der möglicherweise das Wort Kriegstüchtigkeit verwendet, ohne jemals die unrühmliche Rede in einem Tempel zur Leibesertüchtigung in Berlin in dunklen Zeiten gehört zu haben.

Die Unserieeinheitspartei, bestehend aus ehemaligen Volksparteien, wird weiterhin dafür sorgen, dass die Nicht-Unserieopposition so wenig wie möglich Einfluss erhält, obwohl sie von den Nicht-Unseriebürgern, die mindestens ein Viertel der Urnengänger ausmachen, voll-demokratisch gewählt wurde.

Das Zentralkomitee der Deutschen Unseredemokratischen Bundesrepublik wird zum Wohle seiner Unseriebürger alles daransetzen, Unseredemokratie weiter voranzubringen und hofft auch weiterhin auf die Unterstützung von Unser-öffentlich-rechtlicher-Rundfunk.

Die Unseriepressefreiheit wird auch weiterhin garantiert. Frau Hess und Herr Hatze werden weiterhin verfolgt.

Auf die Verlautbarungen der Unseriepressekonferenz, besetzt mit frischem Unserpersonal, brauchen die Insassen von Unserdeutschland auch weiterhin nicht zu verzichten.

Alles, was nicht gesichert unserdemokratisch ist, gilt als gesichert rechtsextrem.

Als Maxime gilt für alles Handeln: Es muss unter allen Umständen demokratisch aussehen, aber wir (die Unseredemokraten) müssen alles in der Hand haben.

Es ist unwahrscheinlich, dass Unsersondervermögen von den Unserdemokraten zurückgezahlt wird. Dieser Vorzug ist den Unseriebürgern und den Nicht-Unseriebürgern durch Unseriesteuerzahlungen vorbehalten.

Die Unseriebundeswehr soll aufgebaut werden (Baut auf, baut auf!), die Unsererüstungsindustrie läuft auf Hochtouren und soll Unserdeutschland wieder unserkriegstüchtig machen, weil Russland immer Unserfeind sein wird.

Von Unserdeutschland soll nur noch Unserfrieden ausgehen.

Zur Bekräftigung, dass alles seinen unser-sozialistischen Gang geht, tauchte die Phoenix\*in aus der Asche auf, in dem Unseremutti kürzlich ihren legendären Satz wiederholte:

**Wir schaffen das.**

Ob damit der endgültige wirtschaftliche Untergang und die Vollendung der gesellschaftlichen Spaltung von Unserdeutschland gemeint war, ist nicht überliefert.

Orwellsche Schlussfolgerung:

Wir = unser

Ihr = Euer

Vogel und Maus passen nicht zusammen

Ausgerichtet auf Ruinen und der Zukunft abgewandt, Uneinigkeit und Unrecht und Unfreiheit für das deutsche Unserland.

Unserdeutschland – ein Land mit viel Vergangenheit und wenig Zukunft?

Es ist zum Heulen.

Erstveröffentlicht bei Pareto, aktualisiert am 9. Mai 2025

Dieser Artikel wurde mit dem Pareto-Client geschrieben

Danke Georg für dies Zeilen in den für «UnsereDemokraten» vermutlich nicht gern gesehenen «UnseremArtikel» in «UnsererDemokratie».

Quelle: <https://wassersaegel.com/blogbeitraege/m-u-g-a-make-unserdeutschland-great-again/>

## **Ukrainisches Parlament ratifiziert Rohstoffvertrag mit USA** **Vorrangiger Zugriff der USA auf ukrainische Bodenschätze / US-Waffenlieferungen werden künftig mit Rohstoffeinnahmen beglichen / Kritiker: Ressourcenausbeutung nach imperialem Muster, keine Sicherheitsgarantien für die Ukraine** multipolar | Veröffentlicht vor 10 Stunden (Diese Meldung ist eine Übernahme von Multipolar)

Das ukrainische Parlament hat den zwischen den USA und der Ukraine vereinbarten «Rohstoffdeal» am heutigen Donnerstag (8. Mai) ratifiziert. 338 der derzeit insgesamt 400 Abgeordneten stimmten dafür. Parlamentspräsident Ruslan Stefanchuk sagte das Abkommen sei «ein Beweis für die sich vertiefende strategische Partnerschaft zwischen der Ukraine und den Vereinigten Staaten von Amerika». Das Abkommen über die Einrichtung eines Investitionsfonds für den Wiederaufbau der Ukraine war Ende April von der ukrainischen Wirtschaftsministerin Julija Swiridenko und dem US-Finanzminister Scott Bessent in Washington unterzeichnet worden.

Die Ukraine trägt zum Fonds bei, indem sie den USA vorrangigen Zugang zu ihren Rohstoffen ermöglicht sowie die Hälfte ihrer Einkünfte aus der Förderung von Bodenschätzen einzahlt. Die Gelder sollen zunächst in den Aufbau der Ukraine investiert werden und später an beide Vertragspartner ausgeschüttet werden. Sollten die Vereinigten Staaten weitere «Waffensysteme, Munition, Technologie oder Ausbildung» bereitstellen, wird die Kapitaleinlage des US-Partners um den geschätzten Wert der Militärhilfe erhöht. Hierunter fallen auch die jüngsten Waffenlieferungen der USA an die Ukraine.

Der veröffentlichte allgemeine Teil des Vertragstextes sieht die Gründung einer «Limited Partnership» – vergleichbar mit einer Kommanditgesellschaft – zwischen der US-Agentur «United States International Development Finance Corporation» und der staatlichen ukrainischen Organisation «Agency on Support Public-Private Partnership» vor. Das Dokument enthält lediglich generelle Aussagen zum Ziel des Abkommens sowie zu dessen grobem rechtlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Rahmen. So sind die Partner bestrebt, eine «souveräne und widerstandsfähige» Ukraine zu schaffen. Die Vereinbarungen sollen bei Widersprüchen zwischen dem Abkommen und der ukrainischen Gesetzgebung Vorrang haben. Einkünfte der Partnerschaft sollen in keinem der beiden Partnerländer versteuert oder mit Zöllen belegt werden. Die Laufzeit ist unbegrenzt. Hinsichtlich konkreter Details sowie etwaigen Konflikten mit den Verpflichtungen der Ukraine im Rahmen des EU-Beitritts wird in dem Dokument auf eine gesonderte, nicht öffentlich zugängliche Vereinbarung der Limited Partnership verwiesen.

In einem Facebook-Post der ukrainischen Wirtschaftsministerin Swiridenko finden sich einige nähere Angaben zu dem Abkommen. So soll der Fonds zu gleichen Teilen von der Ukraine und den USA kontrolliert werden. Alle ukrainischen Ressourcen blieben weiterhin im Besitz des Landes. Nur der ukrainische Staat dürfe bestimmen, wo und was abgebaut werden soll. Auch bisherige staatliche Unternehmen blieben weiterhin im Besitz der Ukraine. Das Abkommen enthalte keinen Hinweis auf etwaige Schulden der Ukraine gegenüber den Vereinigten Staaten. Nur neue Lizenzen zur Förderung von «kritischen Materialien» sowie Öl- und Gas sollen zu 50 Prozent in den Fonds einfließen. Einnahmen aus bereits begonnenen oder im Haushalt vorgesehenen Projekten würden nicht aufgenommen. Laut Swiridenko geht die ukrainische Regierung davon aus, dass die Einnahmen des Fonds erst nach zehn Jahren an die Partner ausgeschüttet werden. Bis dahin würden sie in den Wiederaufbau investiert.

Der ukrainische Ministerpräsident Denis Schmygal bestätigte die paritätische Verwaltung des Fonds durch die Ukraine und die USA. «Keine der beiden Parteien wird dabei einen Vorteil haben. Alle Entscheidungen werden gemeinsam getroffen», erklärte er im ukrainischen Parlament. (2. Mai) Ziel des Fonds sei es «Investitionen anzuziehen» und «nicht Vermögenswerte zu transferieren». Das Abkommen decke dem Regierungschef zufolge das gesamte Hoheitsgebiet der Ukraine ab. Im nicht veröffentlichten Anhang des Vertragswerks sei eine «exklusive Liste der Bodenschätze» enthalten. Das Volumen des Fonds werden mindestens «Dutzende, vielleicht Hunderte von Milliarden Dollar» betragen, schätzte Schmygal.

Ein älterer Entwurf des Vertrags sah vor, dass die USA drei Vorstandmitglieder des Fonds benennen, die Ukraine jedoch nur zwei. Zudem sollten die Gewinne des Fonds nicht ausschliesslich in ukrainische Rohstoff- und Infrastrukturprojekte investiert werden, sondern damit zunächst die bereits erfolgte US-Unterstützung zuzüglich Zinsen beglichen werden. Des Weiteren sollten die USA das Recht auf ein Veto gegen den Verkauf ukrainischer Ressourcen an Drittländer erhalten.

Die offizielle Verlautbarung des Weissen Hauses bestätigt, dass der Vorstand der Partnerschaft aus drei ukrainischen und drei US-amerikanischen Mitgliedern bestehen soll. Allerdings sollen die USA weiterhin das Recht haben, die abgebauten Bodenschätze für sich zu beanspruchen oder den Käufer zu bestimmen.



«Wirtschaftliche Sicherheit» sei «nationale Sicherheit», und dieser Aspekt verhindere, dass «wichtige Ressourcen in die falschen Hände» geraten, heisst es vonseiten der US-Regierung.

Die Wirtschaftszeitung «Handelsblatt» wertet das Abkommen als «diplomatischen Erfolg» Kiews, da die USA die «masslosen Forderungen» aus vorherigen Entwürfen zurückgenommen hätten. Allerdings sei die Ukraine nun «ohne Not» in ein «weiteres Abhängigkeitsverhältnis» zu den USA gedrängt worden, das auch nach einem möglichen Ende der Kampfhandlungen «für Jahrzehnte» andauern kann. Zudem enthalte der unterzeichnete Text keine Sicherheitsgarantien für die Ukraine, erklärte das «Handelsblatt».

Das Magazin «Geopolitical Monitor» sieht in dem Vertrag einen Bruch des Budapester Memorandums. In letzterem hätten sich die USA, Russland und Grossbritannien 1994 verpflichtet, «auf wirtschaftlichen Zwang zu verzichten». Die Souveränität der Ukraine sollte gewahrt und nicht den Interessen der drei Länder untergeordnet werden. Die US-Regierung habe ihre sicherheitspolitische Unterstützung und den diplomatischen Zugang ausgenutzt, um die Ukraine unter Druck zu setzen, den USA «nach imperialem Muster» exklusiven Zugang zu den Bodenschätzen des Landes zu gewähren.

Quelle: <https://www.hintergrund.de/kurzmeldung/ukrainisches-parlament-ratifiziert-rohstoffvertrag-mit-usa/>

## Aus Moskau: Impressionen und Reflexionen

**Heute, am 9. Mai, feiert Russland den «Tag des Sieges». Ein Kommentar von Tilo Gräser**

9. Mai 2025 von Red.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf Apolut.

Transition News durfte ihn mit freundlicher Genehmigung des Autos übernehmen.

In Russland wird am 9. Mai der «Tag des Sieges» gefeiert, unter anderem mit einer grossen Militärparade in Moskau. Dazu hat der russische Präsident zahlreiche Staats- und Regierungschefs eingeladen. 29 von ihnen wollen kommen, meldeten russische Medien, die sich auf den Kreml beriefen. Ob sie das tatsächlich tun trotz der Drohungen aus Kiew, eventuell die Feierlichkeiten in Russland angreifen zu wollen, wird sich zeigen. Zumindest der chinesische Präsident Xi Jinping will in Moskau dabei sein, heisst es. Soldaten der chinesischen Volksbefreiungsstreitkräfte werden an der Parade teilnehmen und üben dafür bereits in Moskau.

Fehlen werden zum 80. Jubiläum in Moskau Vertreter westlicher Staaten, vor allem aus der EU und insbesondere aus Deutschland. Was einst möglich war, ist nun vor allem in westlichen Hauptstädten nicht gewollt und gewünscht. Die deutsche Bundesregierung will sogar unterbinden, dass Diplomaten aus Russland und Belarus an Gedenkveranstaltungen in Deutschland teilnehmen können. Zum Glück halten sich vor allem kommunale Behörden insbesondere in Ostdeutschland nicht an die Vorgaben via «Handreichung».

Zwar trifft die politische und mediale antirussische Hetze und Propaganda auf (zu) viel Zustimmung in der Bevölkerung, vor allem infolge des Ukraine-Krieges. Wichtige Fakten wie die Vorgeschichte werden weggelassen und das fehlende Wissen ausgenutzt. Doch nicht alle Deutschen lassen sich davon beeindrucken. Einige wenige von ihnen haben sich auf den Weg gemacht, um den 80. Jahrestag des Sieges über den Faschismus in Russland mit den Menschen dort zu begehen. Sie sind nach Moskau, Kaliningrad, St. Petersburg oder Wolgograd, dem früheren Stalingrad, gefahren.

Und manchmal begegnen sie sich zufällig in einem ukrainischen Restaurant in Moskau oder auf der Reise nach Russland über Polen und Kaliningrad in einem Kleinbus. Eine ganze Reihe von ihnen sind in Gruppen gekommen. Dazu gehören jene, die am Dienstag an einer Konferenz über die vor 70 Jahren gegründete Organisation des Warschauer Vertrages teilzunehmen. Sie erinnerten dabei nicht nur an den Versuch der einstigen sozialistischen Staaten, dem westlichen Militärbündnis NATO eine eigene gemeinsame Verteidigungsorganisation entgegensetzen.

Der ostdeutsche Songpoet Tino Eisbrenner sang vor ihnen aus seinem Programm, zu dem das russische Lied «Schurawli» (Kraniche) gehört. Das Lied erinnert an die gefallenen Soldaten, die als Kraniche über den Menschen kreisen. Eisbrenner sang es zuerst 2023 gemeinsam mit der russischen Sängerin Zara im Wettbewerb «Lieder für Jalta» im Kreml-Palast in Moskau und errang damit den 2. Platz. Sein «Lied für den Frieden» spielte er bei seinem Auftritt am Dienstag ebenso wie Stücke aus seinem Puschkin-Programm oder übersetzte Songs der sowjetischen Barden Wladimir Wyssozki und Bulat Okudschawa.

Mit viel Beifall bedachte das Publikum sein kleines Konzert nach der Konferenz. Unter seinen Zuhörern waren Deutsche, Schweizer und Menschen aus Russland, ehemalige Militärs aus beiden Ländern ebenso wie solche, die sich zivil für Frieden engagieren. Die aus Deutschland Angereisten wollen in den nächsten Tagen an den Feierlichkeiten in Moskau teilnehmen. Und sie wollen den russischen Menschen zeigen, dass es im Westen nicht nur Russlandhass gibt, sondern ebenso das Bemühen, die Verbindungen nicht ganz abreißen zu lassen und weiter Freundschaft zu halten.

Während in Deutschland alles Russische offen und stillschweigend unterdrückt wird und Russen zum Teil wie Feinde behandelt werden, erleben die Deutschen in Russland etwas anders: Sie werden als Gäste emp-

fangen und behandelt, erleben Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft – und Dankbarkeit, dass sie sich trotz der politischen Hetze auf den Weg gemacht haben, um mit den Russen zu feiern und zu gedenken.

Das zeigt sich in kleinen Dingen wie dem Lächeln der Verkäuferin im Geschäft der Schokoladenfabrik «Roter Oktober» auf dem Moskauer Boulevard Arbat. Mit Geduld half sie ihren deutschen Kunden, das nicht einfache System zu bewältigen, wie die berühmten russischen «Konfjetty» gekauft werden. Und gab ihnen noch den Rabatt für Touristen aus Anlass des 80. Jahrestages. Oder bei der Mitarbeiterin der Moskauer Metro, die zwei aus Deutschland Angereisten half, die richtigen Fahrkarten am Automaten zu kaufen. Ein anderes Beispiel ist die junge Mitarbeiterin eines Hotels in Moskau, die ihre deutschen Gäste mit einer Freundlichkeit behandelte, die mehr ist als nur Geschäftstüchtigkeit.

Ich habe gemeinsam mit meiner Begleiterin und Kollegin erlebt, wie wir als Journalisten aus dem offiziell «unfreundlichen» Deutschland wie alle anderen zuvorkommend behandelt werden, ob von der Pressestelle des russischen Außenministeriums oder der Akkreditierungsstelle für die Feierlichkeiten zum «Tag des Sieges». Nirgendwo schlug uns im Ansatz so etwas wie Ablehnung oder gar Hass entgegen. Dagegen wurden zuvor russische Journalisten aus Deutschland ausgewiesen. Ihnen warf unter anderem die Berliner Ausländerbehörde vor, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden, weil sie angeblich Propaganda für die russische Politik und Regierung sowie den Krieg in der Ukraine machen würden. Das wurde zwar mit keinerlei Beweisen belegt, aber die allein politisch begründete Ausweisung wurde aufrechterhalten und durchgesetzt.

Das macht den Unterschied aus zwischen Russland, das in den nächsten Tagen den Sieg der sowjetischen Armee und ihrer Alliierten feiert, und Deutschland. Letzteres vermittelt nicht erst in diesem Jahr den Eindruck, als wollten sich die Nachkommen der Verlierer des von ihnen begonnenen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion an den Siegern rächen. Eine Lehrerin aus Moskau sagte, dass die russischen Menschen sehr wohl wissen, wer Hetze und Hass in Deutschland verbreitet. Sie würden unterscheiden zwischen der normalen Bevölkerung und dem einen Prozent an Politikern.

Wer in diesen Tagen durch Moskau geht, merkt nur wenig davon, dass es sich um die Hauptstadt eines «Landes im Krieg» handelt. Eine russische Frau fragte mich nach meinem Eindruck davon. Ich sagte, dass die Menschen in Russland den Krieg in der Ukraine vielleicht bewusst verdrängen. Von diesem ist insgesamt in Moskau sehr wenig zu sehen: Nur vereinzelt wird an Bushaltestellen und an den Eingängen zu Geschäften für den bezahlten Militärdienst für die russische Armee in der Ukraine geworben. Manchmal gibt es Plakate zu sehen, die auf die neuen «Helden Russlands» aufmerksam machen.

Aber insgesamt ist mehr zu sehen, was an den Sieg vor 80 Jahren erinnert, wenn auch nicht so massiv, wie ich es vor einem Jahr in Sankt Petersburg sah. Und es wehen weniger Kopien der legendären sowjetischen Siegesfahne von 1945 an den Häusern und in den Strassen der Hauptstadt als 2024 in der Stadt an der Newa, aus welchem Grund auch immer. Vielleicht täuscht es auch, weil es nicht ganz so grossflächig geschieht. So ist an vielen Schaufenstern, an den Fahrzeugen der Stadtreinigung und selbst an Baufahrzeugen und Traktoren mindestens ein Aufkleber zu sehen, der an den Sieg vor 80 Jahren erinnert.

Zu sehen und zu erleben ist aber ein deutlich erhöhter Sicherheitsaufwand: Ob in den Metrostationen, in Kaufhäusern, in Medienzentren oder anderen öffentlich Gebäuden, überall müssen die Menschen durch Scanner gehen. Immer wieder werden ihre Taschen und Rucksäcke kontrolliert und auch gescannt, in manchen Einrichtungen geschieht das obligatorisch. An manchen Stellen wie den Metro-Stationen sind die firmeneigenen Sicherheitsdienste im Einsatz, an anderen entweder die Polizei oder auch die Nationalgarde Russlands sowie Uniformierte des staatlichen Wachdienstes «Ochrana». Die Menschen ertragen es mit Gelassenheit, auch weil sie es nun schon seit mehreren Jahren in Folge von Terroranschlägen und dem Ukraine-Krieg erleben.

Berichten zufolge wurden in Moskau mehr als 200 Luftabwehrsysteme stationiert, um Angriffe aus der Luft abzuwehren. Wir hörten am Dienstag, dass es am Abend zuvor wieder einen ukrainischen Angriff mit rund 20 Drohnen gegeben haben soll, der abgewehrt werden konnte. Russischen Medien zufolge gab es auf den 3 Moskauer Flughäfen einen massiven Kollaps. Aus Sicherheitsgründen durften demnach die Passagiere angekommener Flugzeuge diese stundenlang nicht verlassen.

Die Sicherheitslage bleibt gespannt. Polizisten patrouillieren über den Arbat und andere belebte Strassen, auch Soldaten der Nationalgarde, zum Teil mit Maschinenpistolen. Die Strecke der Parade ist mit Absperrgittern und Uniformierten abgesichert. Manche Moskauer wollen am Tag des Sieges nicht ins Zentrum fahren. Das aber nicht aus Angst, sondern weil die ständigen Kontrollen und Überwachungen sie am Feiern hindern. Das sagte unter anderem die schon erwähnte Lehrerin, die sich das Geschehen wie beispielsweise die Siegesparade auf dem Roten Platz deshalb nur im Fernsehen anschauen will. Auch viele der Deutschen, die nach Moskau gekommen seien, würden gern die Parade sehen. Aber das wird ihnen wohl aufgrund der weiträumigen Absperrungen im Stadtzentrum verwehrt bleiben. Wer Glück hatte konnte eine der Parade-proben erleben, wenigstens auf den Zufahrtsstrassen zum Roten Platz.

Aber ein Land im Krieg sieht doch noch etwas anders aus, wie ich meine. Das gilt auch für die Hauptstadt. Vielleicht hat das damit zu tun, dass Russland eben tatsächlich keinen «richtigen» Krieg gegen die Ukraine führt. Die Gefechte gibt es an der Frontlinie in der Ost- und Südukraine. Die Raketen- und Drohnenangriffe

darüber hinaus gelten militärischen und Zielen in der Infrastruktur, die wichtig für militärische Zwecke sind. Das militärische Vorgehen Russlands ist keine «vollumfängliche Invasion» oder gar ein «Vernichtungskrieg», wie die deutsche und die ukrainische politische und mediale Propaganda behauptet.

So wie die sowjetische Rote Armee vor mehr als 80 Jahren gegen die Faschisten kämpfte und nicht gegen Deutschland, kämpfte die russische Armee nicht gegen die Ukraine, sondern gegen den dortigen Nazismus, aber auch «gegen Europa». Das erklärte am Dienstag auf der erwähnten Konferenz der russische Generalmajor a.D. Juri Djakow. Er widersprach den Behauptungen aus Kiew und im Westen, dass Russland gezielt zivile Ziele in der Ukraine angreife.

Als Djakow anderen Rednern zuhörte, sass neben ihm ein Deutscher, der ein Schild hochhielt, auf dem in Russisch stand «Ich schäme mich für Deutschland». Eine Teilnehmerin aus dem thüringischen Gotha trug ein T-Shirt mit der Aufschrift in Russisch und Deutsch «Deutschland sagt Danke». Sie wolle sich damit für die Befreiung vom Faschismus bedanken, erklärte sie auf Nachfrage dazu.

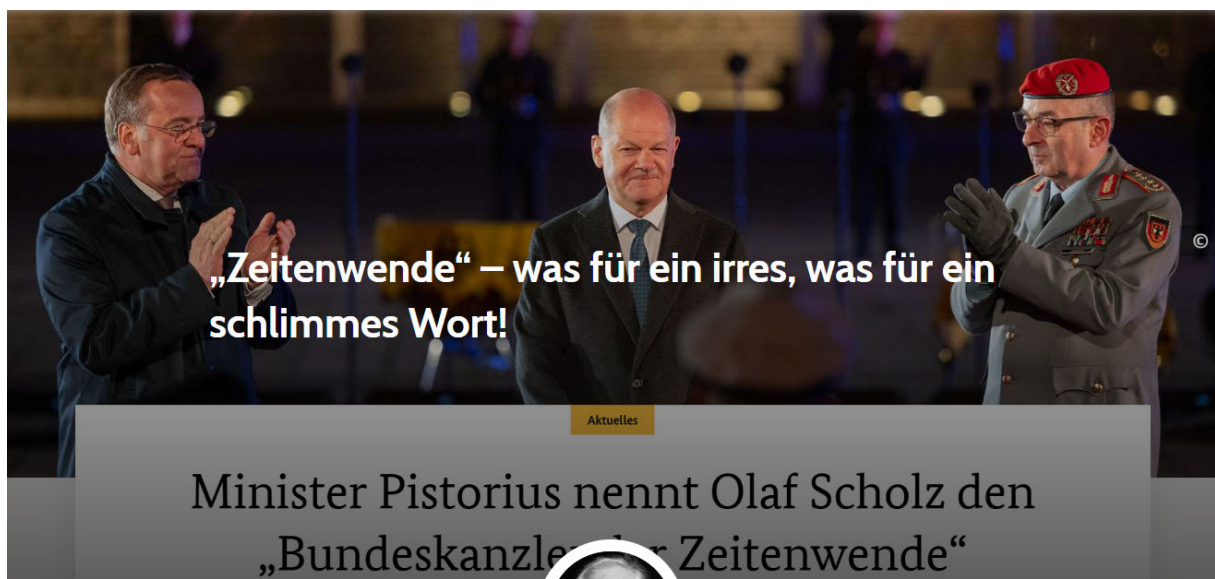
«Dankbares Europa» ist der doppeldeutig gemeinte Titel einer Freiluft-Fotoausstellung, die auf dem Moskauer Arbat zu sehen ist. Sie besteht auf der einen Seite aus historischen Fotos aus den Jahren 1944 und 1945, als die Rote Armee mittel- und osteuropäische Länder vom Faschismus befreite. Zu sehen sind darauf meist Menschen in Prag, Sofia, Riga und anderswo, die die sowjetischen Soldaten begrüßten und als Befreier feierten. Auch ein Foto aus dem besiegten Berlin ist zu sehen, auf dem ein Sowjetsoldat den Verkehr regelt.

Auf den Rückseiten der Tafeln sind jeweils Fotos aus der Gegenwart zu sehen, die zeigen, wie heute sowjetische Denk- und Ehrenmäler geschändet oder auch zerstört werden, von der Ukraine über Bulgarien bis nach Litauen. Die Dankbarkeit von einst ist dem Vorwurf gewichen, «Okkupanten» hätten die Länder besetzt oder führen heute Krieg in der Ukraine. Dazu gehört, dass kaum noch die Rede ist von den etwa 27 Millionen Toten der Sowjetunion in Folge des faschistischen Vernichtungskrieges. In einer Buchhandlung in Moskau sah ich ein Buch mit Dokumenten und Fotos über den Genozid am sowjetischen Volk. Es ist heute leider undenkbar, dass es davon eine deutsche Ausgabe geben könnte.

Ja, und undenkbar sind auch solche Kleinigkeiten wie etwa, dass akkreditierte russische Journalisten kostenlos den öffentlichen Nahverkehr in der deutschen Hauptstadt benutzen könnten. Das dürfen aber ihre deutschen Kollegen in Moskau, die zu den Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag akkreditiert sind, wie alle dazu angemeldeten Korrespondenten und Medienvertreter.

Soweit einige Eindrücke aus der russischen Hauptstadt in diesen Tagen und Gedanken dazu. Das ist nur ein Ausschnitt an Impressionen und Reflexionen, die ich hier habe und die mich bewegen. Ich persönlich bin dankbar dafür, dass ich hier sein und beobachten und berichten kann, wie in Russland der Tag des Sieges begangen wird, während in Deutschland weiterhin beispielsweise das sowjetische Lied vom «heiligen Krieg» gegen den Faschismus in der Öffentlichkeit verboten ist, wie ich am Dienstag las.

Quelle: <https://transition-news.org/aus-moskau-impressionen-und-reflexionen>



Ein Artikel von: Albrecht Müller, 08. Mai 2025 um 15:25

Es wird gebraucht, als sei harmlos, was dahintersteckt. Ja, es wird gebraucht, als sei damit politischer Fortschritt verbunden. Der ehemalige und neue Bundesverteidigungsminister Pistorius feierte den scheidenden



Bundeskanzler als Erfinder dieses Wortes. Tatsächlich beinhaltet dieses Wort die Neigung, ja, die Flucht zu Militär als Lösung der Probleme unter den Völkern. Es steht für den Willen zur Aufrüstung und Kriegstauglichkeit. Es sagt wenig indirekt auch, es sei unsinnig, nach friedlichen Lösungen von Spannungen zu suchen. Albrecht Müller

Die alten, von Parteifreunden des Boris Pistorius eingeführten friedenspolitischen Konzepte gelten nicht mehr: «Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein.» Wer sagt denn sowas noch?! Das war vielleicht im Oktober 1969 brauchbar und hat uns lange Zeit der Entspannung zwischen Ost und West gebracht. Aber wer will denn sowas noch?!

Oder: «Wandel durch Annäherung.» Wer will denn sowas noch? Das war vielleicht im Sommer 1963 brauchbar, als der damalige SPD-Vorsitzende Willy Brandt und sein Kompagnon Egon Bahr diese Hoffnung bei der Evangelischen Akademie in Tutzing in die öffentliche Debatte einführten.

Aber heute? Wir wollen doch die Rüstungswirtschaft nicht in Turbulenzen treiben! Nicht noch einmal! Pistorius weiss, welche Probleme die Friedenspolitiker der deutschen Rüstungswirtschaft geschaffen haben. Sie konnten keine Panzer und keine Flugzeuge mehr planen. Sie waren nahezu kaltgestellt. Das soll nicht noch mal passieren. Die Erfindung des Wortes «Zeitenwende» ist der grosse Coup, um diese neuerliche Drangsal der Rüstungswirtschaft zu vermeiden.

Das Wort Zeitenwende verbaut uns den Weg in eine friedliche Zukunft!

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=132636>

## Geimpft, geschädigt, geleugnet: «Von mir ist nicht mehr viel geblieben»

Hwludwig, Veröffentlicht am 7. Mai 2025

Die «Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie» (MWGFD) bringen verdienstvollerweise wieder von Staat und Versicherungen im Sich gelassene Schwer-Impfgeschädigte in Erinnerung. «Marion, Katja, Wolfgang, Trhass und Julia kommen aus Bayern, Hessen, Sachsen, aus unterschiedlichen Berufen, mit unterschiedlichen Geschichten. Doch was sie verbindet, ist ihr Schicksal – und ihr Kampf um Anerkennung. Es sind Menschen, die einmal mitten im Leben standen. Heute sind sie Patientinnen und Patienten in der Spezialklinik Neukirchen, weil ihnen nach der Corona-Impfung die Gesundheit, das Leben und oft auch die Hoffnung genommen wurden. Im Gespräch mit Johannes Clasen berichteten sie über ihre Schicksale.» (hl)



Die Spezialklinik Neukirchen im Bayerischen Wald betreibt in ihren zwei Häusern in Neukirchen und Rötzing evidenzbasierte Medizin für Patienten mit Umwelterkrankungen, inklusive des LongCovid- und PostVac-Syndroms. Sie ist die einzige Klinik im deutschsprachigen Raum, die Patientinnen und Patienten mit Verdacht auf Schäden durch Spike-Proteine auf Kosten der gesetzlichen Krankenkassen gezielt untersucht und behandelt. Alle hierfür wichtigen und nützlichen Laborparameter werden, individuell abgestimmt auf die einzelne Person, erhoben. Die Befunde helfen dem nachbehandelnden Arzt bei der weiteren Betreuung. Die Behandlungen, die auf Basis der Blutuntersuchungen und Differenzialdiagnosen angeboten werden, werden in keiner anderen von den Krankenkassen anerkannten Klinik angeboten und bezahlt. Leider übernehmen die Krankenkassen aber nicht die Kosten für die verwendeten und empfohlenen Medikamente und Supplemente ausserhalb des klinischen Settings.

**Marion: «Mein Gehirn ist nicht mehr das, was es einmal war.»**

Marion ist 54 Jahre alt, Sportphysiotherapeutin aus Bayern. Vor der Impfung war sie gesund. Sport war ihr Leben – Bewegung ihre Leidenschaft. Doch dann liess sie sich aus Sorge um ihren Arbeitsplatz zweimal mit dem Impfstoff von Moderna impfen. Verwendet wurden Chargen, die auf Toxizitätslisten auf den Plätzen 2 und 10 zu finden sind. So hat die zweite Impfung ihr Leben grundlegend verändert. «Ich war nach ca. 8 Stunden todkrank.» Ohne ihren Lebensgefährten hätte sie die darauffolgende Nacht nicht überlebt, so Marions Einschätzung. «Ich hätte es nicht geschafft.»

Seither bestimmen eine Vielzahl chronischer Erkrankungen ihr Leben: ME/CFS, ein löchriger Darm, pathologische Blutgerinnung, Schmerzen, Brainfog, schwere kognitive Störungen. «Ein normales Leben kann ich leider nicht mehr führen», sagt sie leise. Mittlerweile hat sie einen Pflegegrad sowie einen Grad der Behinderung von 60 und ist auf Hilfe angewiesen.

Marion sagt von sich, dass sie seit der Impfung autistische Züge entwickelt habe. Reize sind für ihren Körper wie Angriffe und überfordern sie. «Mein Gehirn ist nicht mehr das, was es einmal war.»

Ergotherapie? Physiotherapie? Unmöglich. Alles zu viel, alles zu stark und zu anstrengend. Licht, Lärm, selbst Gespräche, auch dieses Gespräch, können zu viel sein und erschöpfen sie.

«Ich weiss, dass ich morgen wieder liege den ganzen Tag, weil nichts mehr geht. Ich kann mich nicht mehr konzentrieren, meine Beine funktionieren nicht mehr.»

Marion beschreibt ihren Zustand als ein unaufhörliches Ping-Pong-Spiel zwischen Körper und Reizen. Kaum nimmt sie zu viele Reize wahr, schießt der Körper zurück.

Als sie im Dezember 2021 im Rollstuhl sass, kam der Punkt, an dem sie entscheiden musste: «Entweder geb' ich mich auf oder ich kämpfe weiter.»

Doch Aufgeben war keine Option. Marion wollte sichtbar machen, was ihr passiert war. Sie wandte sich an ihre Lokalzeitung – und fand eine Redakteurin, die bereit war, unzensiert über sie zu berichten.

Doch diese Sichtbarkeit half ihr vor Gericht wenig. Sie klagte gegen Moderna – und verlor. Schlimmer noch: Sie musste als Geschädigte 1000 Euro an den Konzern zahlen. Der junge beisitzende Richter sagte in der Verhandlung einen Satz, der in ihr bis heute nachhallt und wie Hohn in ihren Ohren klingt: «Wenn die Justiz sagt, dass der Himmel grün ist, dann ist er das auch.»

Kein Wunder: Wir wissen mittlerweile durch eine Recherche des Multipolar Magazins, dass der Staat bisher ca. 13 Millionen Euro an Pharma-Anwälte gezahlt hat, um derartige Klagen von Geschädigten abzuwehren. Marion hat bisher 62'000 Euro privat ausgegeben – für ihre Gesundung, für Therapien, für Medikamente, für Blutwäschen. Ohne diese Behandlungen könnte sie heute nicht mehr hier sitzen. Denn die Spikes treiben weiter ihr Unwesen in ihrem Körper. Sie hat, wie viele andere Geschädigte, sehr hohe IgG-Antikörper gegen SARS-CoV 2 im Blut: 7345,85 BAU/ml. (BAU = binding antibody units) Diese sind, laut Aussage ihrer behandelnden Ärzte, ein diagnostischer Hinweis auf persistierende Spikeproteine.

Die Blutwäsche schenkt ihr kurze Momente von Klarheit.

«Ich merke, ich häng' an der Maschine und mein Kopf wird wieder frei, ich kann wieder denken, wieder kommunizieren.»

Doch der Effekt hält nicht lange an. Wenn sie sich übernimmt, kommt alles zurück.

«Dann kommen die Symptome geballt wie eine Bombe. Mit diesem Handicap kann man kein Leben führen.»

Dazu kommen rezidivierende Infekte – und mit ihnen stürzt Marion erneut ab.

«Sobald ein Infekt kommt, sei es Corona, Magen-Darm oder Grippe, dann kommt es wie ein Bumerang zurück.»

Acht Ärzte haben ihr die Diagnose PostVac gestellt. Ihre Blutwerte sprechen eine klare Sprache. Und doch wird ihr Schaden nicht anerkannt. Über die Formulierung des Ablehnungsbescheides kann sie nur den Kopf schütteln: «Diesen Bescheid hat ein ganz normaler Laie geschrieben. Da sind so viele Fehler drin, die haben nur meine Befunde abgeschrieben.»

Der letzte Satz ihres Bescheides bringt das Dilemma der Betroffenen auf den Punkt: «Nach Aussagen des Paul-Ehrlich-Instituts und der Bundesregierung stehen LongCovid-ähnliche Beschwerden nicht in kausalem Zusammenhang mit der Corona-Impfung.»

**Katja: «Jeder Tag ist ein Kampf ums Überleben.»**

Katja aus Sachsen war 20 Jahre lang Pflegekraft im Pflegeheim. Dann kam die BioNTech/Pfizer-Impfung mit der Impfcharge EX8679, der toxischsten aller Impfchargen von BioNTech. Doch Katja hat nicht nur diese gefährliche Charge bekommen. Alle drei Chargen, mit denen sie geimpft wurde, stehen auf Toxizitätslisten. Danach begann für sie ein Albtraum, der bis heute andauert: über 30 Diagnosen, Entzündungen in Herz, Gehirn und Gefässen, Mikrothromben, schwerste Erschöpfung, persistierende Spikes im Plasma und den Immunzellen, Pflegegrad. Im Alltag ist sie komplett auf Hilfe angewiesen. Ein Leidensweg, der sie an ihre Grenzen bringt – körperlich, seelisch, finanziell.

Die Charge EX8679 verfolgt Katja bis heute. Nicht nur, weil sie selber schwerste Schäden davongetragen hat, sondern auch, weil ihr Vater diese Charge 2021 bekommen hatte. Vor einem Monat hat er den Kampf gegen seine schwere Erkrankung verloren.

Als sie davon erzählt, bricht sie in Tränen aus, ihre Stimme versagt. Zunächst schien es, als hätte er Glück gehabt. Doch die Katastrophe kam zeitverzögert – dann aber mit voller Wucht: Gehirnblutung. Schlaganfall. Turbokrebs mit Metastasen. Lungenembolie. Thrombosen. Künstlicher Darmausgang. Nierenstents.

EX8679 liess Katja nicht los. Sie begann, nach Menschen zu suchen, die ebenfalls diese toxische Charge erhalten hatten und startete einen Aufruf. Sie wollte wissen, wie viele Menschen noch ihr Schicksal teilen. Heute weiss sie von rund 30 Menschen, die ebenfalls mit EX8679 geimpft worden sind. Alle sind schwerst krank. Drei sind bereits gestorben. Katja fand Betroffene in jedem Bundesland, immer zwei bis drei Personen.

«Diese Charge ist deutschlandweit klammheimlich verstreut worden.»

Zu wenig, um Aufsehen zu erregen.

«Wenn diese Charge in nur einer Stadt verimpft worden wäre, wäre es sofort aufgefallen.»

Es sind nicht nur die Symptome, die sie täglich quälen. Es ist vor allem das Gefühl, von Staat und Krankenkassen im Stich gelassen zu werden.

«Der Staat hat mich wissentlich geschädigt und ich bekomme keine Hilfe und die lassen einen sterben. Das ist die bittere Realität. Uns wurde gesagt, die Impfung sei nebenwirkungsfrei. Das stimmt nicht. Wir sind nachgewiesen geschädigt und wir werden jetzt vom Staat im Stich gelassen und auch zensiert, weil Impfgeschädigte darf es nicht geben.»

Katja ist mittlerweile das vierte Mal in der Spezialklinik Neukirchen. Sie kommt immer wieder, weil sie zu Hause keine adäquaten Therapieoptionen hat. Die Behandlungen in der Klinik, die täglichen Infusionen und Nahrungsergänzungsmittel helfen ihr – zumindest ein wenig.

Doch zu Hause beginnt der Überlebenskampf von vorn.

«Man wird entlassen, bekommt einen langen Zettel mit nach Hause mit den Präparaten, auf die man angewiesen ist, die man dann kaufen soll – das geht in die Hunderte Euro – und die kann man sich dann nicht leisten.»

Denn die Krankenkasse zahlt nichts. Keine Nahrungsergänzungsmittel, keine hilfreiche Therapie. Die Begründung ist immer dieselbe: «Ein PostVac-Impfschaden ist nicht im Leistungskatalog verankert.»

Katja hat privat bereits 30'000 Euro ausgegeben. Für Diagnostik. Für Therapien. Für ein Stück Leben. Doch alles, was sie einreicht, wird abgelehnt. «Alles.»

«Ich hab alles verloren», sagt sie. «Meine Gesundheit, meine Arbeit, meine Existenz.»

Doch sie kämpft jeden Tag weiter – für ihr Leben und für Gerechtigkeit. Und für die Erinnerung an ihren Vater.

### **Wolfgang: «Die neurologischen Probleme machen mir schwer zu schaffen.»**

Wolfgang war 30 Jahre in Hessen in der Automobilindustrie als Techniker tätig. Heute sitzt er da – fahl und erschöpft. Der Impfung stand Wolfgang eigentlich skeptisch gegenüber, er hatte keine Angst vor Corona. Doch der berufliche Druck war gross.

«Ich musste geschäftlich nach China, musste dafür geimpft sein», sagt er. Widerwillig liess er sich impfen – zweimal. Danach kam alles anders.

Nach zwei Impfungen entwickelte er eine bedrohliche Erweiterung der Aorta und lebensgefährliche Einblutungen in die Gefässe. Er musste sich einer dramatischen Not-OP unterziehen, in der ein Stück seiner Aorta entfernt wurde. Seitdem leidet Wolfgang unter Symptomen, die ihn jeden Tag an seine Grenzen bringen: Doppelbilder, Gedächtnisverlust, Schwindel, Kontrollverlust über Arme und Beine.

«Manchmal zieht es mir einfach die Beine weg», sagt er leise.

Dazu kommen Schmerzen, Panikattacken und das Gefühl, nicht mehr Herr seines Körpers zu sein.

«Die neurologischen Probleme machen mir schon schwer zu schaffen.»

Das Biopsat, das bei der Entfernung der Aorta gewonnen wurde, hat er im Labor untersuchen lassen. Was man darin fand, liess ihn sprachlos zurück: «Das Material war voller Spikes. Die Aorta, die rausgeschnitten wurde, war voller Spikes.»

Wolfgang ist realistisch: «Die Hoffnung, gesund zu werden, ist gleich null.»

Er weiss: Die Spikes in seinem Körper bleiben.

«Man kann die Spike-Produktion ein bisschen senken, aber die geht nicht weg.»

Ein Trost bleibt ihm in seinem Leid: Wolfgang's Freunde haben sich nicht von ihm abgewandt. «Das ist ein Privileg», sagt er, wissend, dass viele andere Betroffene völlig isoliert sind.

### **Trhass: «Mein Lachen war nur noch Weinen.»**

Trhass, eine zahnmedizinische Fachangestellte aus Hessen, hat bis zur Impfung im Büro gearbeitet. Doch das Leben, das sie einmal führte, gibt es nicht mehr.



Trhass wollte sich nicht impfen lassen. Doch der Druck aus dem Umfeld war gross. Arbeitskollegen, Chefs – alle forderten sie immer wieder zur Impfung auf. Die ständigen Tests, die Ausgrenzung, der Wunsch, den kranken Vater zu besuchen – alles führte dazu, dass sie schliesslich nachgab.

Bereits die erste Impfung hat sie sehr schlecht vertragen. Vier Wochen später, nach der zweiten Impfung, ist sie zusammengebrochen.

«Ich konnte nicht mehr aufstehen, mich nicht mehr bewegen. Ich habe nur noch geweint wie ein kleines Kind.»

Krankenhäuser und Ärzte konnten ihr nicht helfen – sie wurde in die Psychosomatik geschickt, wo sie sich unverstanden fühlte.

«Die Ärzte haben immer weggeguckt, wenn ich meine Probleme erzählt habe.»

Dabei konnte sie kaum noch laufen, hatte Taubheitsgefühle, Schmerzen, Durchblutungsstörungen. Erst beim dritten MRT wurden geschädigte Nervenfasern festgestellt.

Heute ist sie auf Hilfe angewiesen, kann kaum noch für sich sorgen. Ein Rollator unterstützt sie beim Gehen.

«Ich bin alleine gelassen, weiss nicht, warum der Staat uns nicht glaubt, was mit uns passiert ist. Wir erzählen keine Märchen.»

Eine Ärztin, die Kenntnis von ihrer toxischen Impfcharge hatte, vermutete bei Trhass schliesslich einen Impfschaden und wies sie in die Spezialklinik Neukirchen ein. Hier fühlt sie sich zum ersten Mal gesehen und verstanden. Endlich trifft sie auf Menschen, die ihre Geschichte teilen.

«Ich bin glücklich, dass ich endlich Leute gefunden habe, die die gleichen Probleme haben, weil ich war wie gesagt zwei Jahre lang alleine gelassen, keiner konnte mir helfen, weder ein Arzt noch andere.»

Das Interview strengt sie sichtlich an – aber sie will erzählen. Sie will, dass ihr Leid sichtbar wird.

### **Julia: «Von mir ist nicht mehr viel geblieben.»**

Julia ist 42 Jahre alt, examinierte Krankenpflegerin und Lehrerin für Pflegefachkräfte aus Oberbayern. Als Leiterin eines Pflegekurses sollte sie Vorbild für die Pflegeschüler und -schülerinnen sein und sie zum Impfen motivieren. Und das, obwohl sie der Impfung kritisch gegenüberstand. Der Druck in der Arbeit sei «immens» gewesen, nicht geimpfte Kollegen seien von der Arbeit freigestellt worden, so schildert sie ihr damaliges Dilemma. Zudem hätten sie und ihr Mann gerade ein Haus gekauft. Die Angst, alles zu verlieren, war grösser als ihre Zweifel.

«Irgendwann hab ich nachgegeben.»

Die zweite Impfung mit der hochtoxischen Charge EX8679 von BioNTech veränderte ihr Leben nachhaltig, und das bis heute. Sie entwickelte ME/CFS, massive Durchblutungsstörungen, Luftnot und unzählige andere Symptome:

«Man ist 24 Stunden ein bunter Blumenstrauß voller Symptome.»

Ihren Alltag beschreibt die Mutter zweier Kinder so: «Man liegt den grössten Teil des Tages rum und ist froh, wenn man zu Hause noch ein, zwei Handgriffe schafft.»

Ihre Stimme zittert.

«Von mir ist nicht mehr viel geblieben.»

Besonders bitter: Sie selbst war Teil des Gesundheitssystems – heute erfährt sie am eigenen Körper dessen Grenzen.

«Jetzt bin ich selber chronisch krank und stelle fest, dass unser Gesundheitssystem kurz vor dem Niedergang steht.»

Sie fühlt sich betrogen.

«Dass man uns so im Stich lässt – das ist für mich ein totaler Skandal.»

Nach den Impfungen erkrankte sie dreimal an Corona, obwohl seitens der Politik versprochen worden war, dass das nicht passieren könne. Heute weiss Julia, dass die Wahrscheinlichkeit zur Infektion mit der Anzahl der erhaltenen Impfungen zunimmt.

«Diese Infektionen haben alle Symptome verschärft, bis hin zur Bettlägerigkeit.»

Da Bayern als einziges Bundesland in Deutschland die Regelung hatte, dass Personen, die zweifach geimpft und zudem erkrankt gewesen sind, nicht als geboostert galten, hat sie sich ein drittes Mal impfen lassen, obwohl sie nach der zweiten Impfung schon in einem sehr schlechten Zustand war.

«So musste ich mich noch drauf impfen lassen im kranken Zustand.»

Ihre Impfpärztin meinte damals, dass das gar kein Problem sei.

«Es ist ein Unding, dass man sich gebeugt hat mit der Impfung. Damals hab ich mir schon die Frage gestellt, wenn die dahinterstehen würden, dann wäre das auch kein Problem im Sinne von Regressansprüchen.»

Da sie aber unterschrieben habe, keine Ansprüche zu haben, sei es schwierig, Schadensersatz zu bekommen.

Auch Julia hat freie Spikes im Serum – mit 419 pg/ml einhundertfach erhöht. Ihre IgG-Antikörper gegen SARS-CoV 2 sind mit 2368 BAU/ml ebenfalls weit über dem Normbereich. Der Grenzwert für einen negativen Befund liegt bei 7,10 BAU/ml.

Die toxische Wirkung der Spikes kann sie spüren.

«Ich spüre, was die Spikes im Körper anrichten, wie die da rumfressen, wie die alles angreifen.»

Zu Hause ist sie viel alleine. Ihre Freunde haben sich zurückgezogen.

Doch Julia gibt nicht auf. Sie hat sich Wissen angeeignet, hat recherchiert, sich Hilfe gesucht.

«Wenn man für sich selber nicht Sorge trägt, geht man unter.»

Ob sie noch Hoffnung hat?

«Hoffnung weiss ich nicht. Ich bin auf jeden Fall realistisch.»

Ihr Ziel ist bescheiden geworden:

«Ich möchte wieder eine bessere Lebensqualität, möchte mit meinen Kindern Geburtstag feiern, an Weihnachten mit der Familie an einem Tisch sitzen können. Das existiert ja bei mir nicht mehr.»

### **Marion, Katja, Wolfgang, Trhass und Julia.**

Diese fünf Menschen stehen stellvertretend für viele schwer und schwerst Geschädigte, die in der Öffentlichkeit kaum eine Stimme haben. Es sind Menschen, die nicht mehr schweigen wollen, weil ihre Körper schwer krank geworden sind. Es sind Menschen, die sich solidarisch gezeigt haben, und denen jetzt die Solidarität verweigert wird.

Sie wollen kein Mitleid. Sie wollen Anerkennung und Entschädigung. Sie wollen gesehen und gehört werden.

«Wir sind Unzählige», sagt Katja. «Wir hoffen auf Gerechtigkeit und dass wir endlich Hilfe bekommen.»

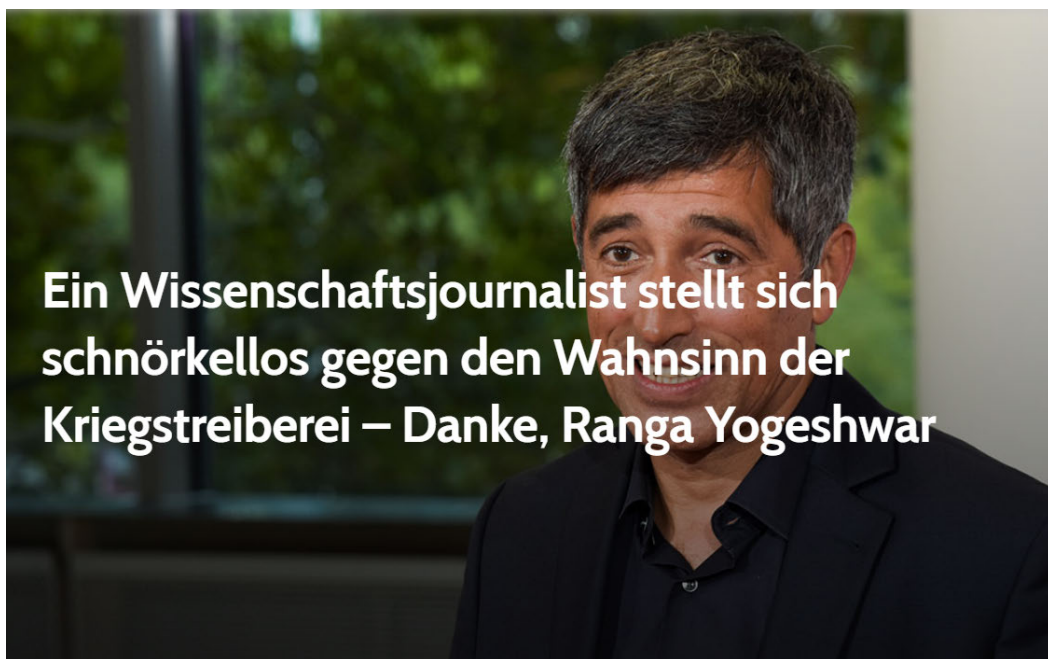
Das Video ist auch auf unserer Webseite <https://geimpft-geschaedigt-geleugnet.de/> sowie unserem YouTube- und Rumblekanal veröffentlicht:

<https://geimpft-geschaedigt-geleugnet.de/gruppeninterview/von-mir-ist-nicht-mehr-viel-geblieben/>

<https://www.youtube.com/watch?v=EgwFxiDWmYI&t=775s>

[https://rumble.com/v6sq04b-von-mir-ist-nicht-mehr-viel-geblieben.html?e9s=src\\_v1\\_upp](https://rumble.com/v6sq04b-von-mir-ist-nicht-mehr-viel-geblieben.html?e9s=src_v1_upp)

Quelle: <https://fassadenkratzer.de/2025/05/07/geimpft-geschadigt-geleugnet-von-mir-ist-nicht-mehr-viel-geblieben/>



Ein Artikel von Frank Blenz, 7. Mai 2025 um 14:00

In Zeitenwende-Wahnsinnszeiten des sturen Eintrichterns eines Denkens, das auf Eskalation zielt, ist dieser Auftritt ein Lichtblick: Klare Worte findet TV-Moderator und Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar im Gespräch mit dem Podcaster Matze Hielscher, der sein Format «Hotel Matze» nennt. Yogeshwar formuliert deutlich, worauf die Militarisierung unserer Gesellschaft hinausläuft, wird dem nicht Einhalt geboten: «Wir versauen unseren Kindern und Enkeln die Zukunft.» Es braucht mehr Yogeshwars, viel mehr Mut, schonungslose Offenheit, Entmilitarisierung und Friedensrüstung. Unsere Kompetenzen müssen ganz anders genutzt werden.

Ein Zwischenruf von Frank Blenz.

### **Ein Plädoyer, das ins grosse TV gehört**

Geht es Ihnen auch so? Schalte ich das TV- oder Rundfunkgerät ein, gibt es in den einschlägigen Formaten stets die gleiche Leier. In deutschen TV-Talkshows, im Rundfunk und dann noch tagein, tagaus in den Printmedien des Mainstreams samt ihrer Internetplattformen herrscht eine fortwährende Atmosphäre der Mobilmachung auf Teufel komm raus. Dagegen finden sich gefühlt nur wenige «Ausreisser» – mutige Menschen,

mündige Bürger, die aus der Reihe tanzen, um zu sagen: Haltet inne! Überlegt! Wir beschreiten einen gefährlichen Weg!

Das heisst aber nicht, dass es diese Menschen nicht gibt. Sie gibt es entgegen der oberflächlichen Wahrnehmung, was von den grossen Medien wohl so gewollt ist, durchaus zahlreich (Tendenz steigend). Zu finden sind sie allein schon in der persönlichen Umgebung, aber auch in der Öffentlichkeit – alles Menschen, die sich dem politischen und medialen Mainstream entgegenstemmen. Ihre Zahl, ihre Argumentationen, deren Richtigkeit – allein diesen wird seitens der Programmierer und Redaktionen der gebührende mediale Platz noch immer vorenthalten. Wo kein unbequemer Mensch, da kein Problem. Umso wichtiger fühlt sich nun aktuell für mich der Auftritt an, der im öffentlich-rechtlichen Fernsehen hätte laufen müssen: Ranga Yogeshwars Plädoyer für Abrüstung, Frieden und Verständigung.

Der Beitrag findet sich in einem Format, das eine Nummer kleiner ausfällt als die grosse Bühne ÖRR – umso mehr ist er ein wichtiger, wohltuender, Hoffnung weckender. In der Podcastfolge «Hotel Matze – Ranga Yogeshwar über Globale Empathie und die Abschaffung von Grenzen» spricht Ranga Yogeshwar tatsächlich über eine Entmilitarisierung Deutschlands. Ein schier unglaublicher Gedanke, nicht wahr?

Das Besondere für mich: Wie der Wissenschaftsjournalist seine Worte wählt, ist entwaffnend, weil wahrhaftig und ehrlich. Ohne Schnörkel, nicht zurechtgelegt und eloquent perfekt ausformuliert – Yogeshwar spricht so, wie mein Nachbar, Freund, Verwandter redet. Und er hat so recht.

### **Kriege werden deswegen geführt, weil dahinter gigantische ökonomische Interessen stehen**

Der Mainstream duckt sich folglich weg oder schimpft. Doch ihm sei entgegnet: Worum geht es denn bei Kriegen eigentlich? Die Frage wird im Mainstream nicht gestellt, dagegen wird stets von Patriotismus und Friedenssicherung (mit noch mehr Waffen?) geschwafelt. Yogeshwar redet kraftvoll und ruhig Klartext: «Jeder Krieg ist kein Gewinnerkrieg.» Die dahintersteckenden ökonomischen Interessen seien jedoch gigantisch. Jedem dieser Nutzniesser sei gesagt, dass die meisten Menschen, vor allem junge Männer, eben kein Kanonenfutter sein wollen wie in den vielen Kriegen der Vergangenheit. Sie fragen heute: Wofür soll ich sterben? Es bleibt zu hoffen, denke ich, dass die vielen jungen Männer (und Frauen) der Meinungsmache, den PR-Kampagnen und dem gesellschaftlichen Druck einschliesslich der Ausrufung von Pflicht und Sanktion standhalten. Wir haben andere Sorgen, als in den Krieg zu ziehen. Yogeshwar spricht leise und hat ein bildhaftes Beispiel aus der Vergangenheit als Mahnung und Warnung vor einer zerstörerischen Wiederholung parat: Die Villa Hügel in Essen. Das imposante Gebäude, der Komplex auf einem Hügel, in einem Park, der beeindruckend ist – von da residierte und herrschte ein Herr Krupp, «Gewinner des Ersten Weltkrieges». An diesem Schreibtisch in der Villa wurde auf den Leichen junger Männer Geld verdient, erwähnt Yogeshwar.

### **Die Menschen wollen einfach ein gutes Leben**

Der Wissenschaftsjournalist schüttelt den Kopf über die Entwicklungen in unserem Land, das so viel Leid erlebt hat. Zwei Weltkriege. Yogeshwar ist fassungslos: «Jetzt fängt man an, uns Angst zu machen: 2029 wird es hier wieder Krieg geben. Hei, hör auf!» Wenn dieser Wahnsinn Erfolg hat, schlussfolgere ich, sind Yogeshwars Worte wie eine Prophezeiung: «Wir versauen unseren Kindern und Enkeln die Zukunft.»

Ganz anders verhält es sich aber: Keiner will Krieg, auch nicht 2029. «Russische, chinesische, amerikanische Bürger – keiner sagt, wir wollen Krieg, wir wollen ein gutes Leben, wir wollen nicht, dass die Söhne eingezogen werden.» Die Deutschen kann man auch hinzuzählen, friedfertig zu sein, ergänze ich für mich beim Hören seiner Worte. Und doch toben Kriege, werden welche vorbereitet, stocken Friedensverhandlungen. Das bedeutet, dass die Eliten nicht auf ihre Völker hören.

### **Wie wäre es, wenn wir es so machten wie Costa Rica?**

Ranga Yogeshwars schönster Moment bei «Hotel Matze» für mich ist, als er über ein Grundgefühl spricht, dass uns allen innewohnt (selbst denen, die gern aufrüsten): Empathie. Das Mitgefühl wirkt aus uns heraus, wenn wir es nur zulassen. Es ist einfach, so Yogeshwar: «Wir in Deutschland rüsten gar nichts auf, wir rüsten ab, lass uns das Land komplett entmilitarisieren, weil ... es gibt keine Begehrlichkeiten.» Wann kommen ähnliche Worte von Politikern und anderen wichtigen Leuten?

Mit Begehrlichkeiten meint Ranga den ausgemachten und begehrten, gierigen Feind namens Russland, das grösste Land der Welt, das Land mit den meisten Bodenschätzen weltweit. Was sollen die Russen hier in Deutschland wollen? Ranga: «Der Russe, was will er hier? Weissbier?»

Die nächste Frage sollte der politischen Elite ebenso vorgetragen werden: Wie wäre es, wir machen es so wie Costa Rica? Yogeshwar erwähnt trocken, in Costa Rica sei die Armee abgeschafft. Ich lese nach – seit etwa 77 Jahren.

Mit Entmilitarisieren ist gemeint, alle Kompetenzen für eine friedliche Gesellschaft einzusetzen – es ist einfach, wenn der politische Wille dazu da ist

Dem Moderator, Autor, Physiker, Wissenschaftsjournalisten, engagierten kritischen und unbequemen Bürger Yogeshwar ist zu danken. In Zeiten, in denen von «verengten Meinungskorridoren» die Rede ist, schwarz-



weiss die gängige Farbkombination von Argumentationen ist und ein Um-die-Ecke-Denken oder ein Einspruch gegen vorherrschende Ausrichtungen diffamiert wird, sind dessen Worte wie eine kalte Dusche, die einen aufwachen lässt. Es ist doch ganz einfach, man stelle sich das nur mal vor: Die Armee wird zurückgeführt auf ein Minimalmass an Personal und Ausrüstung. Wir stellen fest, wir haben um uns herum keine Feinde, denen wir unsere Waffen entgegenstellen müssten, wir haben Freunde und Partner. Und auch Russland, das russische Volk, ein Vielvölkervolk, ist nicht unser Feind. Yogeshwars Vorschläge sind wundervoll, sie offenbaren Mut im Denken, Freiheit. Schliesslich wird auch den Reaktionären derlei Freiheit des Denkens eingeräumt.

### **Die, die aufschreien in «vernichtenden» Kritiken, sollten mal die Perspektive wechseln**

Yogeshwar spricht von Entmilitarisieren, das wird in Medien kritisiert, heftige, unsachliche, giftige Aufschreie sind zu hören, schwach sind indes deren Argumente gegen den «Spinner», «Fantasten», gegen den Mann, der unter Steinen gelebt haben muss. Sind Gross-Denken, Fantasie und Mut also nur dann anerkannt, wenn es im genehmen Kontext der Aufrüstung geschieht? Ja nicht beim Entmilitarisieren, bei der Militarisierung schon?

Mir fallen Stichworte ein: Rüstungsfirmen, Regierungen, fanatische Schreiberlinge sinnieren über Star Wars, hierzulande wird an einer schlagkräftigen Bundeswehr von mehreren Hunderttausend Leuten – Mann und Frau – gefeilt, über die Wehrpflicht, eine Reservearmee, Aufmarschpläne, eine kriegstüchtige, kritische Infrastruktur, Bunker für zigtausend Leute, Überlebensvorräte, Drohnen, KI, Waffen und Fähigkeiten, die man sich nur in Science-Fiction-Filmen vorstellen kann. Chemische, akustische, biologische, Psycho-Waffen. Schon jetzt ist Deutschland weltweit viertgrösster Standort bei den Rüstungsausgaben – das Land, das zwei Weltkriege zu verantworten hat. Ruft jemand, wir müssen mehr rüsten, wird sich lobend geäussert – ruft ein Bürger wie Yogeshwar zum Gegenteil auf, heulen die Sirenen ...

Wie viele Kompetenzen, Ideen, Konzepte, Lösungen finden sich in einem Militärjet? Wie viele in Panzern usw.? Nicht annähernd so engagiert wird im Zivilleben agiert und finanziert, behaupte ich. Nur ein Beispiel: Das Internet, mittlerweile ein unersetzlich scheinendes Werkzeug in unserer Zivilgesellschaft, ist zunächst ganz und gar nicht entwickelt worden, um es den einfachen Menschen zur Verfügung zu stellen. Die Entwicklung nahm ihren Anfang im Bereich der Militarisierung, beim US-Militär wurde ein ARPA-net entwickelt (1969). (Quelle: Demokratiewerkstatt)

Wer also Yogeshwars Worte belächelt und angreift, tut das, weil er den friedlichen Menschen nicht zugesteht, was er den kriegesischen gewährt. Noch mal: Wie wäre es, einfach mal die Perspektive umzudrehen und sich das Denken, Handeln und Fantasieren für das Militärische stattdessen für die Zivilgesellschaft vorzustellen?

Titelbild: Markus Wissmann/shutterstock.com

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=132582>

## **COVID-Impfung: Neue Studie mit 85 Millionen Teilnehmern zeigt deutlich erhöhte Risiken für Herz-Kreislauf-Erkrankungen und wirft grundlegende Fragen auf**

uncut-news.ch, Mai 9, 2025

Eine aktuelle, im *International Journal of Preventive Medicine* (März 2025) veröffentlichte Fachstudie analysiert den Zusammenhang zwischen COVID-19-Impfstoffen und schwerwiegenden kardiovaskulären Ereignissen. Die Ergebnisse basieren auf elf kontrollierten Beobachtungsstudien mit insgesamt über 85 Millionen Teilnehmern – und sie zeichnen ein deutlich kritisches Bild der sogenannten mRNA-Impfkampagne.

### **Zentrale Ergebnisse der Studie**

Die Studie untersuchte das Auftreten von vier schwerwiegenden Herz-Kreislauf-Ereignissen nach COVID-19-Impfung: Herzinfarkt, koronare Herzkrankheit (KHK), Schlaganfall und Herzrhythmusstörungen. Dabei zeigten sich folgende statistisch signifikante Zusammenhänge:

- Nach der zweiten Dosis wurde ein über dreifach erhöhtes Risiko für koronare Herzkrankheit festgestellt (OR: 3,44; 95% CrI: 1,99–5,98).
- Die erste Dosis von Pfizer/BioNTech wurde mit einem erhöhten Risiko für Herzinfarkt (OR: 1,87) und Schlaganfall (OR: 2,09) assoziiert.
- Die erste Dosis von AstraZeneca zeigte ein fast fünffach erhöhtes Risiko für Herzrhythmusstörungen (OR: 4,89).

Diese Zahlen stellen die offizielle Sicherheitserzählung der Impfkampagnen massiv infrage. Insbesondere weil die genannten Erkrankungen potenziell lebensbedrohlich sind und in keinem angemessenen Verhältnis zu einem prophylaktischen Präparat stehen sollten.

### Paradoxe Schutzwirkung durch dritte Dosis?

Auffällig – und wissenschaftlich höchst fragwürdig – ist jedoch ein weiterer Aspekt der Studie: Laut den Autoren war die dritte Dosis (der sogenannte Booster) mit einem drastisch gesenkten Risiko für Herzinfarkt (OR: 0,003) und Schlaganfall (OR: 0,20) verbunden.

Diese Behauptung wirft grundlegende Fragen auf:

- Wie kann ein Wirkstoff, der in den ersten beiden Dosen nachweislich Herz-Kreislauf-Schäden verursacht, in der dritten Dosis plötzlich vor denselben Erkrankungen schützen?
- Liegt hier ein statistischer Artefakt vor? Wurden Risikogruppen nach den ersten beiden Dosen bereits ausgeschieden und deshalb in den Auswertungen zur dritten Dosis nicht mehr erfasst?
- Oder handelt es sich um methodische Verzerrung durch Voreinstellungen in den verwendeten Analysemodellen?

Die Autoren räumen selbst ein, dass weitere Forschung notwendig sei. Dennoch wird das Ergebnis der «schützenden Boosterwirkung» in der Studie unkritisch als positiver Aspekt gewertet.

### Impfstoff oder Dauermedikation?

Ein weiterer Aspekt, der nicht nur medizinisch, sondern auch gesellschaftlich brisant ist: Die Studie zeigt, dass eine vermeintliche Schutzwirkung überhaupt erst mit der dritten Dosis eintritt. Damit stellt sich die Frage, ob hier tatsächlich von einer klassischen Impfung gesprochen werden kann – oder ob es sich vielmehr um eine Form der andauernden medizinischen Intervention handelt.

Eine Impfung im klassischen Sinn (wie gegen Polio oder Tetanus) bietet nach einer oder zwei Dosen langfristigen Schutz. Wenn jedoch eine «Impfung» in regelmässigen Abständen aufgefrischt werden muss und bei jeder Dosis neue Risiken birgt, handelt es sich de facto um eine laufende Therapie – mit offenem Ende.

### Fazit

Die Studie belegt statistisch signifikant, dass bestimmte COVID-19-Impfstoffe und -Dosierungen das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöhen. Der behauptete Schutzeffekt der dritten Dosis ist wissenschaftlich nicht überzeugend erklärt und widerspricht dem Prinzip kumulativer Belastung durch wiederholte Injektionen.

Diese Erkenntnisse sollten Anlass sein für:

- Eine sofortige Neubewertung der Impfeempfehlungen,
- eine unabhängige Untersuchung der Langzeitwirkungen,
- sowie eine kritische Auseinandersetzung mit der Definition und gesellschaftlichen Akzeptanz solcher wiederholter Behandlungszyklen.

Was der Bevölkerung als Impfung verkauft wurde, entpuppt sich zunehmend als Dauertherapie mit erheblichen Nebenwirkungen – und das im Namen der öffentlichen Gesundheit.

Quellen:

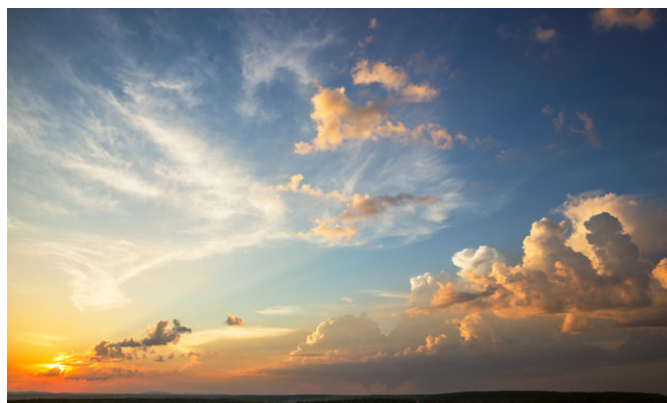
*International Journal of Preventive Medicine*, März 2025

*Exposé News*, 7. Mai 2025, Analyseartikel

<https://uncutnews.ch/covid-impfung-neue-studie-mit-85-millionen-teilnehmern-zeigt-deutlich-erhoehte-risiken-fuer-herz-kreislauf-erkrankungen-und-wirft-grundlegende-fragen-auf/>

**INFOSperber**  
sieht, was andere übersehen.

12.5.2025



Technische Ansätze, um die Erderwärmung zu bremsen, gibt es viele.  
Doch die Klimafolgen sind unkalkulierbar. © Depositphotos

## **Die Sonne verdunkeln fürs Klima? – Warum das keine Lösung ist** **Die wachsende Sorge ums Weltklima gibt technischen Ideen Auftrieb. Doch die sind momentan noch zu unsicher und unbeherrschbar.** *Luigi Jorio / Swissinfo.ch*

2024 war weltweit das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Auswirkungen des Klimawandels werden immer deutlicher: Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel steigt und Extremereignisse wie Dürren und Hochwasser nehmen laufend zu.

Nachdem die Trump-Regierung verlauten liess, dass die USA aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen, rückt das Ziel, die Klimaerwärmung auf 1,5°C zu begrenzen, immer weiter weg. Dies hat der Erforschung von Technologien zur Veränderung der Sonneneinstrahlung auf der Erde (SRM, solar radiation modification) neuen Auftrieb verliehen.

SRM-Technologien waren lange Zeit tabu, da sie zum einen ethische Fragen aufwerfen, zum anderen die Ursachen des Klimawandels nicht bekämpfen. Private Stiftungen und Länder wie die USA, Grossbritannien und China haben Summen in zweistelliger Millionenhöhe in Forschungsprojekte zu SRM investiert. Unternehmen wie das US-Startup «Make Sunsets» haben bereits mit Freiluftexperimenten begonnen, weitere Projekte sind für dieses Jahr geplant.

Vom 12.–16. Mai findet in der südafrikanischen Kapstadt die bisher grösste Konferenz zum Thema SRM statt. Forscher:innen, Vertreter:innen von Nichtregierungsorganisationen und politische Entscheidungstragende werden dort die wissenschaftlichen, sozialen und politischen Aspekte des solaren Geoengineerings erörtern. «Bei SRM war die Frage nie, *ob* – sondern *wann* die Technologie genutzt würde», schreibt Gernot Wagner, Klimaökonom, Autor und Mitbegründer des Forschungsprogramms für solares Geoengineering an der Harvard University, in einer E-Mail an SWI swissinfo.ch. «Leider haben die Ereignisse seit dem 20. Januar mittags [Donald Trumps Amtseinführung im Weissen Haus, Anm. d. Red.] einen möglichen Einsatz nur noch wahrscheinlicher gemacht», so Wagner.

### **SRM-Technologien – was ist das?**

Bei den SRM-Technologien handelt es sich um gezielte, gross angelegte Klimaschutzmassnahmen mit dem Ziel, die globale Erwärmung zu verringern. Die Wirkung der Sonnenstrahlen auf die Erde kann man im Wesentlichen auf zwei Arten verändern: Indem man erstens mehr Sonnenlicht ins All reflektiert oder zweitens die Absorption der Sonnenstrahlen durch die Erde verringert.

Die Befürwortenden von SRM-Technologien argumentieren, dass diese die einzige nachhaltige Option darstellen, um die Temperatur auf der Erde schnell und relativ günstig auf vorindustrielles Niveau zu senken. Die Erde reflektiert etwa 30 Prozent der Sonnenenergie, die sie erreicht. Eine Erhöhung dieser Rückstrahlung um nur ein Prozent könnte die Durchschnittstemperatur der Erde um etwa 1°C senken.

Die Wissenschaft ist sich einig, dass eine rasche und drastische Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen unerlässlich ist, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Gemäss Befürwortenden von SRM würden wir mit solarem Geoengineering Zeit gewinnen, bis die Netto-null-Emissionen erreicht sind. SRM würde auch einige der Auswirkungen der globalen Erwärmung abmildern, beispielsweise den Anstieg des Meeresspiegels.

### **Wie lässt sich Sonnenlicht in den Weltraum reflektieren?**

Die am besten erforschte Methode ist das Einbringen von Aerosolen in die Atmosphäre (Stratospheric Aerosol Injection oder SAI). Aerosole sind mikroskopisch kleine Partikel, welche die Sonneneinstrahlung in den Weltraum zurückwerfen und so die Temperatur auf der Erdoberfläche senken können. Dazu setzen Flugzeuge oder Ballone Milliarden von Schwefeldioxidmolekülen in die Atmosphäre frei. Diese Partikel sorgen dann für die Bildung von Aerosolen, die eine dünne, reflektierende Schicht um die Erde formen.

Dieses Phänomen tritt bei grossen Vulkanausbrüchen natürlicherweise auf. So führten Asche und Schwefeldioxid, die 1991 beim Ausbruch des Pinatubo auf den Philippinen freigesetzt wurden, für zwei Jahre zu einer Abkühlung der Erde um 0,5°C.

Eine aktuelle Schweizer Studie zur Freisetzung von Aerosolen in die Atmosphäre schlägt den Einsatz von festen Partikeln anstelle von Schwefeldioxid vor. Gemäss Studie reflektiert Kalzit- oder Diamantstaub das Sonnenlicht besser und belastet die Umwelt weniger.

Eine zweite weit entwickelte SRM-Technologie ist das Aufhellen von Meereswolken (Marine Cloud Brightening, MCB). Dabei sprühen Spezialkanonen auf Schiffen Meerwasser in die Atmosphäre. Die im Meerwasser enthaltenen Salzkristalle sorgen dafür, dass sich über den Ozeanen hellere Wolken bilden, die mehr Sonnenlicht reflektieren und die Korallenriffe vor hohen Temperaturen schützen.

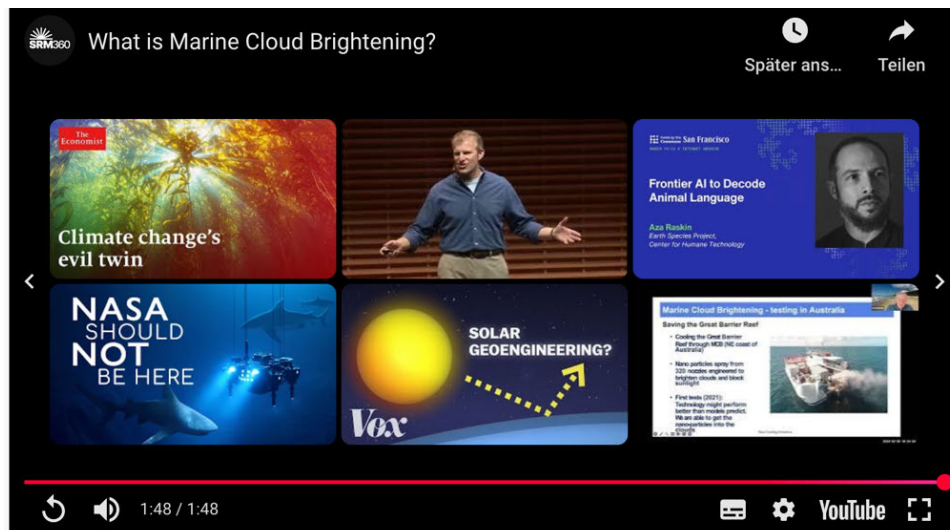
### **Meereswolken aufhellen – wie geht das?**

Würden Strassen und Dächer weiss gestrichen, würde ebenfalls mehr Sonnenlicht ins All zurückgeworfen. Helle Oberflächen können Städte während Hitzewellen erträglicher machen.



Theoretisch möglich wäre auch, gigantische Spiegel im Weltraum aufzustellen, um die Sonnenstrahlung zu reflektieren, bevor sie die Erde erreicht. Dies ist jedoch noch Science-Fiction, auch wenn ein UNO-Bericht diese Möglichkeit nicht völlig ausschliesst.

Und schliesslich bestünde die Option, Mikropartikel in Cirruswolken auszubringen, um diese dünner zu machen. Das sind Wolken in grosser Höhe, die die von der Erdoberfläche abgestrahlte Wärme zurückhalten.



### Wie weit sind die SRM-Technologien?

Solares Geoengineering bleibt vorerst ein mehrheitlich theoretischer Ansatz. Allerdings nimmt die Anzahl Forschungsprogramme zu SRM zu, und im Rahmen mehrerer Projekte werden bereits Freiluftversuche durchgeführt. «Make Sunsets» hat eigenen Angaben zufolge bereits 147 mit Schwefeldioxidmolekülen gefüllte Ballone in die Atmosphäre gebracht. In Australien untersucht die Southern Cross University seit 2020 die Auswirkungen der künstlichen Wolkenaufhellung auf das Great Barrier Reef.

«Wenn die Menschheit als Ganzes oder eine Gruppe mächtiger und genügend reicher Länder zum Schluss kommt, dass rund um den Planeten Aerosol in die Stratosphäre ausgebracht werden muss, kann das in wenigen Jahren realisiert werden», sagt Claudia Wieners, Assistenzprofessorin für Klimaphysik an der Universität Utrecht in den Niederlanden. «Der Bau der Atombombe war schwieriger.»



### Warum ist solares Geoengineering umstritten?

SRM kann die Temperaturen senken – die Treibhausgase, die in die Atmosphäre ausgestossen werden, reduziert sie jedoch nicht. Die Technologie bekämpft somit nur die Symptome der Klimakrise, nicht aber ihre Ursachen.

SRM-Gegnerinnen und -Gegner sehen im solaren Geoengineering eine Hintertür, um sich nicht dem eigentlichen Ziel der Emissionssenkung widmen zu müssen. «SRM weckt falsche Hoffnungen, nämlich dass wir die Krise mit technologischen Mitteln bewältigen können», sagt Xiao-Shan Yap, Politikberaterin am Weltzentrum der EPFL Lausanne, im Schweizer Magazin «Horizonte». Es bestehe die Gefahr, dass die Politikerinnen und Politiker von ihren Verpflichtungen zur Senkung der Treibhausgasemissionen abrücken würden.

Der Eintrag von Aerosolen in die Atmosphäre könnte auch unerwartete Auswirkungen auf das Klima, auf Niederschlagsmuster und auf die Umwelt insgesamt mit sich bringen. Schwefeldioxidpartikel beispielsweise sind gesundheitsschädlich und verursachen sauren Regen.

Dieser «Plan B» für den Klimawandel wirft auch grundlegende Fragen auf. Wer entscheidet, wann und wo SRM eingesetzt wird? Wer wäre bei schädlichen Nebenwirkungen verantwortlich? Und was passiert, wenn das Projekt vorzeitig abgebrochen würde, etwa aufgrund eines Kriegs?

Weltweit einheitliche Regeln gibt es nicht. Deshalb haben sich mehr als 500 Wissenschaftler:innen weltweit einem internationalen Aufruf für ein Verbot des solaren Geoengineering angeschlossen. Sie fordern, dass keine öffentlichen Gelder in SRM investiert und Freiluftversuche generell verboten werden.

Sandro Vattioni, Klimaforscher an der ETH Zürich, plädiert dagegen für mehr Forschung und mehr Versuche. «Rein wissenschaftlich und in kleinem Rahmen», wie er präzisiert. Vattioni ist der Autor der bereits erwähnten Diamantstaubstudie und einer der Rednerinnen und Redner auf der SRM-Konferenz in Kapstadt. «Wir müssen diese Technologien untersuchen, einschliesslich ihrer möglichen negativen Auswirkungen, denn vielleicht brauchen wir sie irgendwann», sagt er gegenüber SWI swissinfo.ch.

Claudia Wieners von der Uni Utrecht hält ein vorübergehendes Moratorium für SRM, das die Erforschung der wissenschaftlichen und politischen Aspekte solcher Projekte ermöglicht, für die vernünftigste Lösung. «Der Einsatz von SRM durch ein einzelnes Land wäre höchst unerwünscht und könnte zu Konflikten zwischen Staaten führen», befürchtet sie. Wieners ist Mitunterzeichnerin eines offenen Briefs, in dem eine ausgewogene Forschung gefordert wird.

### Wie steht die Schweiz zu SRM?

Die Schweiz möchte Forschung zu solarem Geoengineering intensivieren. 2024 reichte sie bei der Umweltversammlung der Vereinten Nationen (UNEA) eine Resolution ein, in der sie eine Nutzen-Risiko-Analyse durch eine Fachgruppe fordert. Da sich die Länder jedoch nicht einig wurden, wurde die Resolution zurückgezogen. Die afrikanische Staatengruppe, die pazifischen Inselstaaten und weitere Länder wie Mexiko hätten gegen jeden Vorschlag gestimmt, der den Weg für SRM freigemacht hätte.

Laut Bundesamt für Umwelt (Bafu) sind SRM nicht Teil der nationalen Klimapolitik. Die Schweiz bemühe sich jedoch auf internationaler Ebene darum, dass Staaten Zugang zu vorhandenen Informationen haben, besonders zu möglichen grenzüberschreitenden Risiken und Auswirkungen.

Die nächste UNEA-Versammlung ist für Dezember angesetzt. Ob die Schweiz die SRM-Resolution erneut einreichen wird, ist laut Bafu noch offen.

*Dieser Beitrag ist auf swissinfo.ch erschienen.*



Depositphotos.com

## WHO und das neue Hochsicherheitslabor in der Schweiz für Pandemie-Erreger

Meryl Nass, Mai 12, 2025

**Die WHO hat ihr eigenes System für den Zugang zu Krankheitserregern geschaffen – mit einem Hochsicherheitslabor und «einem schnellen und zuverlässigen System für die Weitergabe von Krankheitserregern, die Epidemien oder Pandemien auslösen könnten» – und sie zeigt uns die Nase.**

In einer Pressemitteilung vom vergangenen Juni, die ich gerade gefunden habe, wird damit sogar offen geprahlt.

Falls Sie die Tragweite nicht sofort erfassen – ich habe die entscheidenden Punkte in einer Power-Point-Präsentation hervorgehoben:

### Was bedeutet das konkret?

Die WHO hat ihre eigene Sammlung potentieller Pandemie-Erreger (PPP) aufgebaut – und dabei ihre Mitgliedstaaten umgangen. Stattdessen schloss sie eigenständig Vereinbarungen mit der Schweiz und einem Schweizer Labor in Spiez. Laut der oben verlinkten Pressemitteilung vom 13. Juni 2024 wurde dies unmittelbar nach dem Ende der Weltgesundheitsversammlung beschlossen, die sich zuvor geweigert hatte, den Pandemievertrag sowie das darin enthaltene System für den Zugang zu Krankheitserregern und die Vorteilsverteilung (PABS) bis zum 1. Juni 2024 zu verabschieden. Als direkte Reaktion darauf umging die WHO ihre Mitglieder und unterzeichnete stattdessen ein eigenes Abkommen, das eine frühere Vereinbarung mit der Schweiz und dem Labor in Spiez erweiterte.

Darüber hinaus war auf der oben verlinkten WHO-Webseite zu lesen, dass diese Leihbibliothek bereits zahlreiche Exemplare von SARS-CoV-2 und Affenpocken (mpox) enthält – und bald auch weitere tödliche Krankheitserreger in ihre Hochsicherheitsanlage aufnehmen wird. Es handelt sich dabei höchstwahrscheinlich um ein Labor der Biosicherheitsstufe 4 (BSL-4).

Gestern habe ich auf einer WHO-Webseite eine Liste mit SARS- und MPOX-Proben gesehen, die in Spiez zum Austausch bereitstehen. Heute finde ich sie jedoch nicht mehr – sie scheint verschwunden zu sein.

Die WHO-Webseite begann auf meine Suchanfrage nach weiteren Details über das Spiez-Labor zunächst zu reagieren (man konnte sehen, wie einige Antwortvorschläge aufpoppten), aber diese wurden durch eine blaue Markierung verdeckt und verschwanden wieder, sobald ich den Cursor darauf bewegte. Schliesslich erklärte die Suchfunktion überraschend, dass es keine relevanten Informationen über Spiez gebe. Ich versuchte mehrere verschiedene Suchbegriffe – aber keine führten zu den Artikeln, die ich vorher ganz kurz gesehen hatte.

Also wandte ich mich an Google Gemini 2.5, das mir sehr hilfreich war. Dort fand ich folgende Informationen (kursiv wiedergegeben):

*Behandelte Krankheitserreger: Die Pilotphase des BioHub-Systems konzentrierte sich zunächst auf SARS-CoV-2 und seine Varianten. Die Anlage in Spiez beherbergt derzeit Varianten von SARS-CoV-2 und Mpox-Proben und bereitet sich darauf vor, weitere Krankheitserreger in ihren Hochsicherheitsbereich aufzunehmen.*

## WHO built its own Pandemic Pathogen Library

The Government of Switzerland and the World Health Organization (WHO) have extended their partnership on the WHO BioHub System for a further three years. Launched in November 2020, the WHO BioHub is a system for the global, voluntary rapid sharing of biological materials with epidemic or pandemic potential.

Founded in direct response to the COVID-19 pandemic and developed step-by-step during its pilot-testing phase, with regular briefings and input from Member States, the WHO BioHub System aims to create a fast and reliable system for sharing materials that could cause epidemics or pandemics. This will allow for quicker development of lifesaving tools like diagnostics, vaccines and treatments.

Since its launch, several milestones have been achieved, including the establishment of the first WHO BioHub Facility at the Spiez Laboratory in Switzerland in May 2021. This facility handles the safe analysis and distribution of biological materials. Other achievements include the development of standardized documentation and tools to support rapid operations and the enhancement of specialized laboratory networks.

The WHO BioHub Facility in Spiez houses variants of SARS-CoV-2 and mpox specimens, and it will soon welcome new pathogens in its maximum containment facility. The continuation of this collaboration is a step toward the effective functioning and further development of the WHO BioHub System, thereby enhancing global health security.

Quelle

### Maximale Eindämmungskapazität

Das Labor in Spiez verfügt über ein Biocontainment-Labor, das für den Umgang mit humanpathogenen Erregern der Gefahrenkategorien 3 und 4 geeignet ist – das entspricht den Biosicherheitsstufen 3 (BSL-3) und 4 (BSL-4).

*Einzigkeit in der Schweiz: Das Biocontainment-Labor in Spiez ist das einzige Labor in der Schweiz, das den sicheren Umgang mit und die Kultivierung von humanpathogenen Erregern der höchsten Gefahrenkategorien – einschliesslich solcher der Risikogruppe 4 – erlaubt.*

*BSL-4-Kapazität: Die Einrichtung verfügt über betriebsbereite BSL-4-Einheiten, die u. a. für die Entwicklung von Methoden zur Erkennung und Analyse hochgefährlicher viraler Krankheitserreger sowie für diagnostische Zwecke beim Nachweis solcher Viren in klinischen Proben zugelassen sind.*

*Sicherheitsmassnahmen: Das Labor arbeitet unter strengsten Sicherheitsprotokollen und verfügt über spezielle Infrastrukturen – etwa Systeme zur Unterdruckregelung zur Verhinderung kontaminierter Luftfreisetzung, Schutzanzüge mit unabhängiger Luftzufuhr und Anlagen zur thermischen Inaktivierung von Abfällen. In der Vergangenheit wurden keine versehentlichen Lecks gemeldet.*

### Rolle und Bekanntheit

Das Labor Spiez ist das nationale Schweizer Kompetenzzentrum für den Schutz der Bevölkerung vor atomaren, biologischen und chemischen Gefahren. Es gehört zum Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS).

*Internationale Anerkennung: Über seine Rolle als WHO-BioHub hinaus ist das Labor Spiez international anerkannt. Es kooperiert mit zahlreichen internationalen Organisationen, darunter der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), und ist eines der wenigen Labore weltweit, die von der OPCW dauerhaft zertifiziert sind.*

**Zusammenfassend** kann gesagt werden, dass die WHO mit dem Hochsicherheitslabor in Spiez ein zentrales Element ihres BioHub-Systems geschaffen hat, das sich insbesondere durch seine BSL-4-Kapazitäten, seine Rolle als internationale Austauschstelle für hochgefährliche Krankheitserreger und seine zentrale Bedeutung für die globale Pandemieprävention auszeichnet.

Quelle: WHO has created its own Pathogen Access system, with a high containment lab and "a fast and reliable system for sharing pathogens that could cause epidemics or pandemics" & thumbing its nose at us

Quelle: <https://uncutnews.ch/who-und-das-neue-hochsicherheitslabor-in-der-schweiz-fuer-pandemie-erreger/>



Shutterstock

## Impfverweigerung wird strafbar: Singapur droht mit Haft bis zu 12 Monaten

Lifesitenews, Mai 8, 2025

### Gesetzesänderung in Singapur: Bürger können wegen Impfverweigerung ins Gefängnis kommen

Nach jüngsten Gesetzesänderungen können Bürger in Singapur strafrechtlich verfolgt und sogar inhaftiert werden, wenn sie sich weigern, Impfungen zu erhalten, die von den Gesundheitsbehörden des Landes angeordnet wurden.

Singapur hat sein Gesetz über Infektionskrankheiten aus dem Jahr 1976 (Infectious Diseases Act, IDA) in den Jahren 2023 und 2024 umfassend reformiert. Die geänderten Abschnitte 47, 65 und 67 ermöglichen es den Behörden, Impfverweigerung unter bestimmten Umständen als Straftat zu ahnden.

### Was steht im Gesetz?

**Abschnitt 47 IDA** ermächtigt den Generaldirektor für Gesundheit, im Falle eines tatsächlichen oder vermuteten Ausbruchs einer ansteckenden Krankheit alle ungeimpften Personen oder Gruppen zur Impfung oder prophylaktischen Behandlung zu verpflichten – innerhalb einer gesetzten Frist. Diese Anordnung kann



sich auf die Durchführung, die betroffene Person und die Umstände der Impfung beziehen. Auch bei drohendem Ausbruch kann diese Pflicht vorsorglich angeordnet werden.

**Abschnitt 51 IDA** stellt Verstösse gegen diese Anordnungen unter Strafe. Wer sich nicht impfen lässt, obwohl er dazu aufgefordert wurde, begeht eine Straftat.

**Abschnitt 65 IDA** legt die Strafen fest:

- Beim ersten Verstoss: Geldstrafe bis zu 10'000 SGD, bis zu 6 Monate Haft oder beides
- Bei Wiederholung: Geldstrafe bis zu 20'000 SGD, bis zu 12 Monate Haft oder beides

**Abschnitt 67 IDA** befreit die Behörden vollständig von jeglicher Haftung:

Weder der Generaldirektor noch beteiligte Gesundheitsbeamte oder Polizisten können persönlich haftbar gemacht werden – auch nicht bei Nebenwirkungen infolge der angeordneten Impfungen.

**Konkrete Folge:** Bürger, die sich einer von der Regierung verordneten Impfung verweigern, können mit Haft oder Geldstrafe bestraft werden. Gleichzeitig haben sie keine Möglichkeit, den Staat oder beteiligte Beamte bei Impfschäden juristisch zur Verantwortung zu ziehen.

### Reaktionen in Singapur:

Die Gesetzesverschärfungen haben im Land für Unruhe gesorgt. Der Politiker **Derrick Sim** von der *People's Power Party (PPP)* äusserte sich am 14. April in einem Facebook-Post kritisch:

*«Die Abschnitte 47, 65 und 67 des Infektionsschutzgesetzes wurden geändert und gelten seit 2023. Wer sich bei der nächsten Pandemie nicht impfen lässt, macht sich strafbar. Das ist Kriminalisierung. Beim ersten Verstoss drohen 6 Monate Haft oder bis zu 10'000 Dollar Geldstrafe – oder beides. Unterstützen Sie dieses lächerliche Gesetz?»*

Sim, der über einen Abschluss in Biotechnologie und Impfstoffentwicklung verfügt, hat seine Kritik auch auf politischen Kundgebungen und im Fernsehen geäussert. Vor den Parlamentswahlen am 3. Mai 2025 macht er sich öffentlich für medizinische Freiheitsrechte stark.

### Rückblick: Singapurs COVID-Politik

Bereits während der COVID-19-Pandemie hatte Singapur mit harten Massnahmen auf sich aufmerksam gemacht. Viele Bürger wurden de facto zur Impfung gezwungen – andernfalls drohte der Verlust des Arbeitsplatzes. Auch Geistliche und Ordensleute mussten sich impfen lassen, um Gottesdienste besuchen oder zelebrieren zu dürfen.

Trotz dokumentierter Impfnebenwirkungen wurde öffentliche Kritik an den Massnahmen unterdrückt. Diskussionen über Risiken der Impfstoffe wurden von staatlichen Stellen aktiv zensiert. Menschen, die öffentlich Zweifel äusserten, wurden diskreditiert, sozial isoliert oder mundtot gemacht – auch mit Hilfe der regierungsnahen Medien.

### Fazit:

Mit den neuen gesetzlichen Grundlagen schafft Singapur eine rechtliche Grundlage für Impfwang mit Gefängnisstrafe – bei gleichzeitiger Immunität der Behörden. Bürger, die auf medizinische Selbstbestimmung bestehen, geraten dadurch in direkte Konfliktlage mit dem Staat.

Quelle: Amendments to Singapore law could see citizens jailed for refusing vaccination

Quelle: <https://uncutnews.ch/impfverweigerung-wird-strafbar-singapur-droht-mit-haft-bis-zu-12-monaten/>



depositphotos.com

## Es ging nie um Geiseln. Es ging nie um die Hamas.

Caitlin Johnstone, Mai 9, 2025

Es gibt keinerlei Entschuldigung mehr dafür, weiterhin von «Geiseln» und der «Hamas» zu reden, nachdem die USA und Israel offen erklärt haben, dass das eigentliche Ziel die vollständige ethnische Säuberung des Gazastreifens ist. **Von Caitlin Johnstone**



Benjamin Netanjahu sagte am Donnerstag, dass die Befreiung der israelischen Geiseln im Gazastreifen **nicht** seine oberste Priorität sei. Stattdessen erklärte er, der Sieg über die Hamas habe Vorrang vor einem Geiselabkommen.

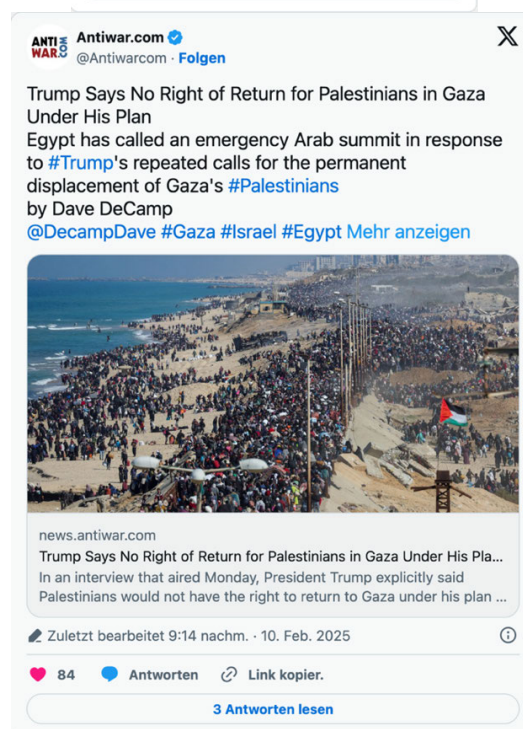
«Wir haben viele Ziele in diesem Krieg», sagte Netanjahu. «Wir wollen alle unsere Geiseln zurückholen. Das ist ein sehr wichtiges Ziel. Aber im Krieg gibt es ein oberstes Ziel – den Sieg über unsere Feinde. Und das ist es, was wir erreichen werden.»

Nichts von dem, was Netanjahu hier sagt, ist wahr – es sei denn, mit «Feinden» meint er schlichtweg **alle Palästinenser im Gazastreifen**.

Er hat mehrfach deutlich gemacht, dass Israels oberstes Ziel nicht die Befreiung von Geiseln ist – und auch nicht der Sieg über die Hamas –, sondern die **gewaltsame Aneignung palästinensischen Territoriums** und die Vertreibung seiner Bewohner. Er sagte offen, dass Israel den Gazastreifen militärisch besetzen und **jede Form palästinensischer Selbstverwaltung** dauerhaft verhindern wolle. Ebenso offen erklärte er, dass er Donald Trumps Plan zur ethnischen Säuberung Gazas umsetzen will – ein Plan, der ausdrücklich vorsieht, **alle** Palästinenser zu vertreiben und ihnen für immer die Rückkehr zu verweigern.

Sie haben es klipp und klar gesagt: Es geht nicht um die Hamas – es sei denn, eine Widerstandsgruppe steht der vollständigen Vertreibung im Weg. Und es geht ganz sicher nicht um Geiseln.

Und dennoch spricht die westliche Politik- und Medienlandschaft weiterhin davon, als wäre es ein Krieg gegen die Hamas. Sie bezeichnen es als «Verteidigung» oder «Gegenschlag», obwohl es sich um nichts anderes als eine **unverhohlene ethnische Säuberung** handelt. Sie reden über den 7. Oktober, über Geiseln, über Terror – obwohl längst deutlich gemacht wurde, dass das nicht das eigentliche Thema ist. Sie tun so, als wäre dieses Eingeständnis nie erfolgt.



Aber sie haben es gesagt. Ganz offen. Mit ihren Mündern. Direkt. Vor aller Welt. Es **gibt keine Ausrede mehr**, so zu tun, als ginge es um etwas anderes.

Israel versucht seit Jahrzehnten, den Gazastreifen zu «säubern». Genau darum geht es. Nicht um den 7. Oktober. Nicht um Geiseln. Nicht um die Hamas. Nicht um Terrorismus. Alles an Israels Vorgehen in Gaza zielt darauf ab, ein ganzes Volk aus seiner Heimat zu vertreiben – **nicht**, um Geiseln zu befreien oder die Hamas zu besiegen. Und als Trump an die Macht kam, sagten sie das ganz offen.

Wie kann es sein, dass das nicht **jedes einzelne Gespräch über Gaza dominiert**? Wie kann es sein, dass das **nicht der Anfang, die Mitte und das Ende** jeder Diskussion ist?

Das ist, als würde ein Polizist direkt in die Kamera schauen, während er einen Schwarzen erwürgt, und sagen: «Ich bringe diesen Mann um, weil ich ein Rassist bin und Schwarze töten will» – und trotzdem heisst es hinterher: «Er leistete Widerstand» oder «wir wissen nicht, was vorher passiert ist». Er hat selbst gesagt, was er tut und warum.

Man kann jetzt **nicht mehr** über die Hamas, den 7. Oktober oder Geiseln sprechen, um Israels Vorgehen in Gaza zu rechtfertigen. Das Thema ist durch. Wer Israels Aktionen verteidigt, muss ehrlich sagen: Es geht darum,

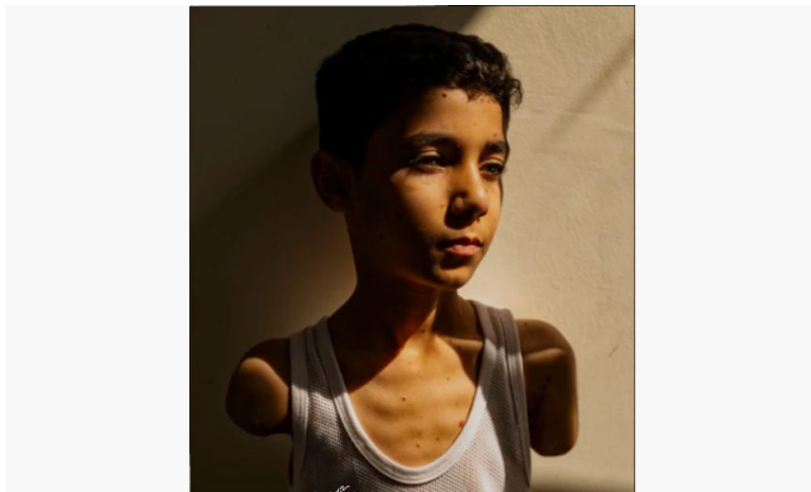
ob es akzeptabel ist, ein ganzes Volk aus seiner Heimat zu vertreiben – durch Bomben, Kugeln, Hunger und die Zerstörung zivilen Lebens – **ausschliesslich wegen seiner ethnischen Zugehörigkeit**.

Darum geht es. Nur darum. Um nichts anderes.

Quelle: It Was Never About Hostages. It Was Never About Hamas.

Quelle: <https://uncutnews.ch/es-ging-nie-um-geiseln-es-ging-nie-um-die-hamas/>

**INFOSperber**  
sieht, was andere übersehen.  
12.5.2025



Bei einem israelischen Luftangriff verlor der 9-jährige Mahmoud Ajjour beide Arme. Das Bild war 2025 das «World Press Photo of the Year». Unterdessen lebt der Bub mit Prothesen in Katar.  
© Samar Abu Elouf, NYT

## **EU schweigt zu Gaza und macht sich zur Komplizin von Verbrechen** **Die EU übe keinen Druck auf Benjamin Natanjahu aus. Das kritisiert der frühere** **Vizepräsident der EU-Kommission, Josep Borrell.** Red.

*upg. Josep Borell war von 2019 bis 2024 Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Kommission. Er ist Mitglied der katalanischen Sozialdemokraten. Borell beschuldigte Isreal am 10. Mai 2025 des Völkermords und der «grössten ethnischen Säuberungsaktion seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs». Im «Journal für Internationale Politik und Gesellschaft» und «Social Europe» nahm er zum Krieg in Gaza Stellung.  
Zwischentitel von der Redaktion*

Wir erleben einen Test für Europas Glaubwürdigkeit. Ihr Schweigen zu Gaza macht die EU zur Komplizin bei den Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dabei könnte sie Druck auf Netanjahu ausüben.

Am 18. März hatte Benjamin Netanjahu die Waffenruhe in Gaza gebrochen, die wenige Tage vor Donald Trumps Amtseinführung in Kraft trat. Binnen Stunden töteten Bombenangriffe mehr als 400 Menschen. Netanjahu sicherte damit sein politisches Überleben, denn sein rechtsextremer Koalitionspartner Bezalel

Smotrich hatte die Fortsetzung des Krieges zur Bedingung dafür gemacht, dass er das Regierungsbündnis nicht platzen lässt.



Josep Borrell © Ale\_Mi/Depositphotos

Seither wurden Tausende weitere palästinensische Zivilisten getötet, überwiegend Frauen und Kinder. Auch das Leben der noch verbleibenden Geiseln wurde in Gefahr gebracht. Die ohnehin furchtbare humanitäre Situation hat sich durch die Totalblockade und die verbreitete Hungersnot zur Katastrophe verschärft. Die meisten Gebäude und Infrastruktureinrichtungen sind mittlerweile zerstört. Die letzte noch intakte Wasserentsalzungsanlage ist nicht mehr betriebsfähig.

### Massengrab für Tausende Bewohner

Die Lage wird allseits als düster eingeschätzt. Die Vereinten Nationen warnen, dass die Situation in Gaza so schlimm ist wie noch nie seit Beginn des Krieges. Die Hilfsorganisation *Ärzte ohne Grenzen* bezeichnet Gaza als Massengrab für Tausende Bewohner, aber «auch für diejenigen, die versuchen, ihnen zu helfen». Erst kürzlich traten zwölf der grössten internationalen Hilfsorganisationen mit einem gemeinsamen verzweifelten Appell an die Öffentlichkeit. Doch die Appelle verhallen allem Anschein nach ungehört. Israels Verteidigungsminister Israel Katz erklärte wiederholt: «Es kommt keine humanitäre Hilfe nach Gaza.»

Bezael Smotrich hat sich dieser Meinung angeschlossen und erklärt, es werde maximaler Druck aufgebaut, um «die Menschen in den Süden zu evakuieren und Präsident Trumps Plan einer freiwilligen Umsiedlung der Bewohner von Gaza umzusetzen».

Diesen Plan hatte Israel Katz Anfang 2024 schon einmal in seiner damaligen Funktion als Aussenminister dem Europäischen Rat vorgestellt. Die israelische Armee hat die Hälfte des Territoriums besetzt und für zwei Drittel des Gazastreifens einschliesslich der Grenzstadt Rafah Evakuierungsbefehle ausgegeben und diese Gebiete zu «No-go-Zonen» erklärt.

### Absicht der Vernichtung

Damit sollen offensichtlich die Voraussetzungen für eine Operation geschaffen werden, welche die grösste ethnische Säuberungsaktion seit Ende des Zweiten Weltkrieges wäre. Die Androhung «Kein einziges Weizenkorn wird nach Gaza gelangen» ist ein eklatanter Verstoss gegen das humanitäre Völkerrecht.

Sie ist auf jeden Fall als Vernichtungsabsicht zu werten, was der Internationale Strafgerichtshof bereits berücksichtigt hatte, als er Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und seinen früheren Verteidigungsminister erliess. Die Vernichtungsabsicht ist ebenso schwerwiegend wie die, welche die internationale Justiz damals in Srebrenica und Ruanda festgestellt hatte.



Josep Borrell am 10. Mai 2025 © Kuwait Times

### **Annexionspläne im Westjordanland**

Parallel führt die Armee im Westjordanland derzeit ihre grösste Offensive seit Jahrzehnten durch. Aus dem nördlichen Teil des Territoriums wurden bereits mehr als 40'000 Palästinenser gewaltsam vertrieben, offensichtlich als Vorbereitung auf die Verwirklichung der von rechtsextremen Abgeordneten vorangetriebenen Pläne zum Bau neuer Siedlungen.

Obwohl diese völkerrechtlich illegal sind, erklärte die Regierung 13 dieser Siedlungen am 23. März für rechtmässig. Die fundamentalistischen Kräfte am äussersten rechten Rand hoffen, dass Donald Trump ihre Annexionspläne für das Westjordanland ganz oder teilweise unterstützen wird, wodurch jede noch verbliebene Möglichkeit zur Gründung eines palästinensischen Staates faktisch zunichtegemacht würde.

### **Aus den Augen, aus dem Sinn**

In weiten Teilen Europas richtet sich der Fokus der Aufmerksamkeit neuerdings vor allem auf die von Donald Trump angedrohten Zölle. Gaza ist als Gesprächsthema weitgehend in den Hintergrund getreten. Das mit einem internationalen Preis ausgezeichnete Foto eines Kindes in Gaza, dessen beide Arme amputiert wurden, und der Tod der Fotografin Fatima Hassouna, Protagonistin eines für das diesjährige Filmfestival in Cannes ausgewählten Dokumentarfilms, waren ein emotionaler Weckruf. Dass es kaum ungefilterte Bilder aus Gaza gibt, die in die öffentliche Debatte hineinwirken, halten manche für einen der Gründe für das kollektive Wegschauen: «Aus den Augen, aus dem Sinn.»

Die bittere Realität ist allerdings, dass in Gaza nicht nur ein Kind oder 100 Kinder oder 1000 Kinder getötet oder verstümmelt wurden und werden, sondern viele Tausende. Die Umstände sind grauenhaft.

Der Krieg in Gaza ist inzwischen in erster Linie ein Krieg gegen Kinder. Das Foto eines Kindes kann vielen Menschen Tränen in die Augen treiben, aber das gesamte Ausmass der Tragödie scheint oft zu gewaltig, um sie ganz zu ermessen oder um darauf zu reagieren.

### **Die EU misst mit zweierlei Mass**

Unterdessen wird Benjamin Netanjahu in Washington und Budapest mit allen Ehren empfangen – im eklatanten Widerspruch zu den Haftbefehlen, die der Internationale Strafgerichtshof gegen ihn erlassen hat.

Während meiner Amtszeit als Hoher Vertreter der Europäischen Union habe ich die Erfahrung gemacht, dass es trotz zahlreicher UN-Resolutionen und trotz der Entscheidungen des Internationalen Strafgerichtshof nicht möglich ist, den Europäischen Rat und die EU-Kommission zu einer Reaktion auf die massiven und wiederholten Verstösse gegen das Völkerrecht und das humanitäre Recht durch Benjamin Netanjahus Regierung zu zwingen. Das steht im krassen Gegensatz zu der entschlossenen Reaktion der EU auf Wladimir Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine.

In meiner Amtszeit habe ich beobachtet, wie sehr dieses Messen mit zweierlei Mass dem Ansehen der EU weltweit schadet – nicht nur in der muslimischen Welt, sondern überall in Afrika, Lateinamerika und Asien. Spanien und einige wenige andere europäische Staaten äussern sich besorgt und fordern die Kommission auf, zu prüfen, ob Israels Vorgehen mit den Verpflichtungen vereinbar ist, die sich aus Israels Assoziationsabkommen mit der EU ergeben. Ihre Forderungen werden dem Vernehmen nach jedoch weitgehend mit Schweigen quittiert.

Bei einigen europäischen Ländern hat die historische Schuld am Holocaust sich offenbar in eine «Staatsräson» verwandelt, die als Begründung für die bedingungslose Unterstützung Israels dient und die Gefahr in sich birgt, dass die EU sich zur Komplizin bei den Verbrechen gegen die Menschlichkeit macht. Ein Gräu- el kann nicht als Rechtfertigung für andere Gräu- el dienen. Wenn die Werte, welche die EU für sich in Anspruch nimmt, nicht vollends unglaubwürdig werden sollen, kann der Staatenverbund nicht länger passiv zuschauen, wie in Gaza das Grauen weiter um sich greift und das Westjordanland zu einem zweiten Gazastreifen wird.

### **Rüstungsexporte und Assoziationsabkommen als Hebel**

Entgegen der allgemeinen Wahrnehmung und trotz des offenkundigen Mangels an Empathie, den ein Teil ihres Führungspersonals an den Tag legt, hat die EU erheblichen Einfluss auf die israelische Regierung. Sie ist Israels wichtigster Partner, was Handelsverkehr, Investitionen und den Austausch zwischen den Bevölkerungen betrifft. Die EU liefert mindestens ein Drittel der von Israel importierten Rüstungsgüter und hat mit dem Land ein Assoziationsabkommen geschlossen, das umfassender ist als alle ihre anderen Abkommen dieser Art – und das Abkommen ist an die Voraussetzung geknüpft, dass das Völkerrecht und insbesondere das humanitäre Recht geachtet werden.

Wenn der politische Wille vorhanden ist, stehen der EU die nötigen Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung. Viele Israelis, denen klar ist, dass Benjamin Netanjahus derzeitiges Vorgehen am Ende vor allem Israels eigene Sicherheit und das Überleben des Landes gefährdet, würden es vermutlich begrüssen, wenn die EU von diesen Handlungsmöglichkeiten tatsächlich Gebrauch machen würde.



**INFOSperber**  
sieht, was andere übersehen.

13.5.2024



Die Idylle täuscht – auf Golfplätzen werden Düngemittel und Pestizide in erheblichem Umfang eingesetzt. Wer in der Nähe lebt, hat ein erhöhtes Gesundheitsrisiko. © swisshippo/Depositphotos

## **Wer nahe am Golfplatz lebt, hat ein erhöhtes Parkinson-Risiko** **Verwendete Pestizide verbreiten sich über die Luft oder über das Grundwasser. Studie zeigt klare Dosis-Wirkungs-Beziehung.** Christof Leisinger

Golf gilt als Sport der Elite, die Plätze kommen daher wie geschniegelt und gebügelt. Genau das aber hat seine Schattenseiten. Eine neue Studie auf Basis einer repräsentativen Stichprobenauswahl zeigt: Wer in der Nähe von Golfplätzen wohnt, ist einem erhöhten Risiko ausgesetzt, an Parkinson zu erkranken. Der Grund: Auf Golfplätzen werden zur sogenannten Pflege der Anlagen Pestizide in beachtlichem Ausmass eingesetzt. Und diese verbreiten sich über die Luft oder über das Wassersystem ins Umland und können den Gesundheitszustand der dort lebenden Personen beeinträchtigen.

### **Nahe am Golfplatz: Wahrscheinlichkeit für Parkinson-Diagnose mehr als verdoppelt**

Wer in einem Umkreis von einer Meile um einen Golfplatz wohnt, bei dem ist die Wahrscheinlichkeit, eine Parkinson-Diagnose zu erhalten, mehr als doppelt so hoch als bei jenen, die mehr als sechs Meilen entfernt wohnen. «Unsere Ergebnisse zeigen eine klare Dosis-Wirkungs-Beziehung», schreiben die Forscher. «Menschen, die in der Nähe von Golfplätzen leben, haben ein deutlich höheres Risiko, an Parkinson zu erkranken.» So heisst es in der Studie, die in «Jama Network Open» veröffentlicht wurde.

Pestizide, darunter Neurotoxine wie Chlorpyrifos und Maneb, sind seit langem ein wichtiger Bestandteil der Golfplatzpflege, da sie die so genannten Fairways und Grüns so gut in Schuss halten. Schon frühere Studien haben einen Zusammenhang zwischen Chemikalien wie diesen und der Entwicklung von Parkinson gezeigt. Die Forscher durchforsteten die Daten von mehr als 5500 Personen in Minnesota und Wisconsin, die im Rahmen des Rochester Epidemiology Project erhoben worden waren. Sie begannen mit den Krankengeschichten von 419 Parkinson-Patienten und 5113 entsprechenden Kontrollpersonen. Dann untersuchten sie, wie nahe die Studienteilnehmer an einem von 139 Golfplätzen wohnten, und verglichen diese Zahlen mit den Merkmalen der örtlichen Trinkwassersysteme.

Das Parkinson-Risiko nimmt bei Personen deutlich zu, deren Trinkwasser aus Grundwasserversorgungsgebieten stammt, in denen sich ein Golfplatz befindet. Ihre Wahrscheinlichkeit, an Parkinson zu erkranken, ist fast doppelt so hoch wie bei anderen, die in ähnlichen Regionen aber ohne Golfplatz leben. Das Team stellt sogar ein noch höheres Risiko in «anfälligen» Gebieten fest, etwa solchen mit flachem Grundgestein oder groben Böden, in denen Pestizide leicht in die Grundwasser-führenden Schichten gelangen können.

### **Kontamination über das Grundwasser und die Luft**

Die Daten deuten darauf hin, dass gemeinsame kommunale Wassersysteme zu einer erhöhten Risiko-Exposition führen können. Insbesondere wenn Grundwasser-Brunnen in der Nähe von Golfplätzen betrieben werden. Das ist nicht alles. Denn wie die Studie weiter zeigt, führt allein schon die räumliche Nähe zu einem Golfplatz zu erhöhten Parkinson-Risiken. Das hänge mit Pestizidrückständen in der Luft zusammen, heisst es dort weiter.



Während anekdotische und berufsbedingte Hinweise schon in der Vergangenheit auf einen kausalen Zusammenhang zwischen Golfplätzen und der Parkinson-Krankheit hingewiesen hatten, ist dies eine der ersten gross angelegten Bevölkerungsstudien, die diesen Zusammenhang untersucht.

Frühere und kleinere Untersuchungen haben ein erhöhtes Auftreten von Parkinson bei Angestellten von Golfplätzen und bei Personen, die in der Nähe von behandelten Grüns wohnen, aufgedeckt. Sie verfügten jedoch nicht über so umfangreiche geografische und medizinische Daten.

Im Fazit halten die Forscher einen stringenteren Einsatz von Pestiziden auf Golfplätzen für nötig. Das gelte vor allem in Regionen, in denen die Bewohner auf die Förderung und Aufbereitung von Grundwasser angewiesen sind. «Unsere Studie liefert biologisch plausible Belege dafür, dass das Parkinson-Risiko erheblich zunimmt, wenn eine Person in der Nähe eines Golfplatzes lebt», schreiben sie.

Ein Problem bei dieser Studie ist, dass die Wissenschaftler weder wissen, welche Berufe die Leute hatten (Landwirte etwa gelten als gefährdeter), noch wie lange sie in der Nähe des Golfplatzes gewohnt haben und wie viel Zeit sie in dieser Nähe verbracht haben. Zudem wurden früher andere Spritzmittel verwendet.

### **In der Schweiz: Golfplätze im Visier der Umweltschützer**

Auch in der Schweiz sind die Golfplätze längst ins Visier von Umwelt- und Klimaschützern geraten. Aktivisten wie jene von «Grondements des Terres» bezeichnen Golf als eine der umweltschädlichsten Sportarten überhaupt. Golfplätze verschwendeten wertvolles Land, verbrauchten viel Wasser und sie würden mit Pflanzenschutzmitteln überfrachtet, behaupten sie.

Das Bundesamt für Umwelt sieht bei Golfplätzen drei ökologische Problemfelder: «Die Wasserbewirtschaftung im Lichte der zunehmenden Trockenheit, der Schutz der biologischen Vielfalt und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger.» Problematisch werde Letzteres vor allem, wenn Abstandsauflagen zu Gewässern nicht eingehalten oder wenn Spritzgeräte auf einem Werkhofareal gereinigt werden, das in die Kanalisation entwässert.

Die Kontrolle von Golfplätzen fällt in die Zuständigkeit der Kantone. Noch im Jahr 2021 zeigten stichprobenartige Kontrollen, dass die Betreiber von Golfplätzen Pflanzenschutzmittel beinahe so intensiv einsetzten wie fachkundige Schrebergärtner. Auf zwei Zürcher Golfplätzen entsprachen die verwendeten Produkte nicht den gesetzlichen Vorschriften. Immerhin müssen Golfplatzbetreiber den Einsatz seit Anfang dieses Jahres auf einer digitalen Plattform protokollieren.



Der palästinensische Junge Osama Al-Reqep, 5, liegt auf einem Bett im Nasser-Krankenhaus, wo er behandelt wird, in Khan Younis, im südlichen Gazastreifen, 1. Mai 2025. REUTERS/Hatem Khaled

## **World Central Kitchen stoppt Hilfsaktionen in Gaza aufgrund der israelischen Blockade**

uncut-news.ch, Mai 15, 2025

### **Israel lässt seit mehr als 60 Tagen keine Waren mehr nach Gaza durch**

Dave DeCamp

Die in den USA ansässige Wohltätigkeitsorganisation World Central Kitchen (WCK) teilte am Mittwoch mit, dass sie aufgrund der totalen israelischen Blockade des palästinensischen Gebiets gezwungen sei, ihre Hilfsaktionen im Gazastreifen einzustellen.

«Nachdem wir in den vergangenen 18 Monaten insgesamt mehr als 130 Millionen Mahlzeiten und 26 Millionen Brote ausgegeben haben, verfügt die World Central Kitchen nicht mehr über die nötigen Mittel, um in Gaza Mahlzeiten zu kochen oder Brot zu backen», so die WCK in einer Erklärung auf ihrer Website.

«Seit Israel Anfang März die Grenzübergänge geschlossen hat, ist WCK nicht mehr in der Lage, die Lebensmittelvorräte aufzufüllen, mit denen wir täglich Hunderttausende von Menschen im Gazastreifen versorgen», heisst es in der Erklärung.

Die Wohltätigkeitsorganisation erklärte, dass ihr Team in Gaza in den letzten Wochen «mit Kreativität und Entschlossenheit jede verbleibende Zutat und jede Brennstoffquelle ausgereizt» habe, nun aber «die Grenzen des Möglichen erreicht» habe.

Den Feldküchen von WCK in Gaza sind die Zutaten ausgegangen, und der mobilen Bäckerei ist das Mehl ausgegangen. Die Wohltätigkeitsorganisation teilte mit, dass sie über Lastwagen voll mit Lebensmitteln und Brennstoffen verfügt, die für die Einreise nach Gaza bereitstehen, aber von Israel blockiert werden.

«Unsere Lastwagen – beladen mit Lebensmitteln und Hilfsgütern – stehen in Ägypten, Jordanien und Israel bereit, um in den Gazastreifen zu gelangen», sagte José Andrés, ein prominenter Küchenchef, der WCK gegründet hat. «Aber sie können sich nicht ohne Erlaubnis bewegen. Die humanitäre Hilfe muss durchgelassen werden.»

Auch die UN-Hilfsorganisationen haben erklärt, dass sie Tausende von Lastwagen bereithalten, um Lebensmittel nach Gaza zu bringen, aber Israel hält die Blockade mit Unterstützung der USA aufrecht, obwohl Kinder zu verhungern beginnen.

Seit dem 7. Oktober 2023 sind mindestens 11 WCK-Mitarbeiter bei israelischen Angriffen getötet worden. Der berüchtigtste Angriff ereignete sich am 1. April 2024, als eine israelische Drohne Raketen auf drei deutlich gekennzeichnete Autos mit WCK-Mitarbeitern abfeuerte, die auf einer zuvor von den IDF genehmigten Route unterwegs waren. Bei dem Angriff wurden sieben WCK-Mitarbeiter getötet, darunter drei britische Staatsangehörige und ein Amerikaner, der 33-jährige Jacob Flickinger, ein amerikanisch-kanadischer Doppelbürger, der einen einjährigen Sohn hinterlässt.

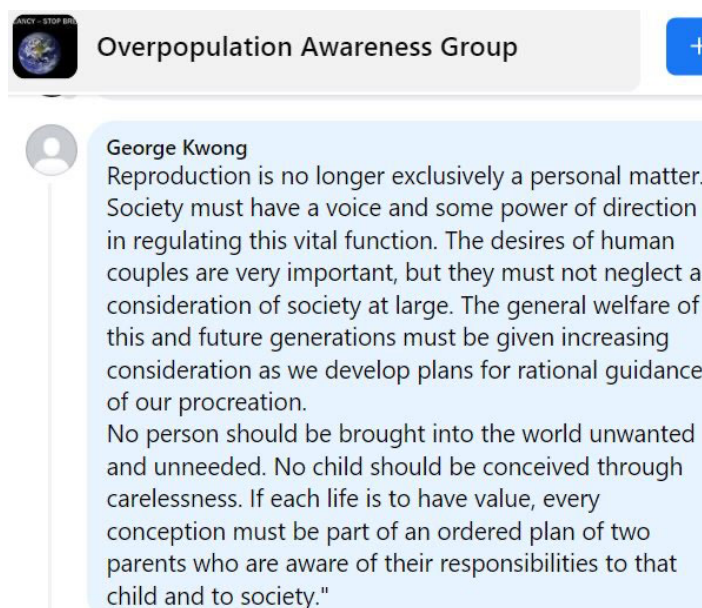
Im November 2024 wurden bei einem israelischen Angriff auf ein Auto in Gaza drei WCK-Mitarbeiter getötet. Am 27. März dieses Jahres erklärte WCK, dass einer seiner Freiwilligen bei einem Angriff in der Nähe einer WCK-Küche in Gaza getötet wurde.

Quelle: World Central Kitchen Halts Aid Operations in Gaza Due To Israeli Blockade

Übersetzung: antikrieg

Quelle: <https://uncutnews.ch/world-central-kitchen-stoppt-hilfsaktionen-in-gaza-aufgrund-der-israelischen-blockade/>

### Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt wer-

den. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: [https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment\\_id=3121554504645562&notif\\_id=1710329001813654&notif\\_t=group\\_comment](https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562&notif_id=1710329001813654&notif_t=group_comment)



## Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

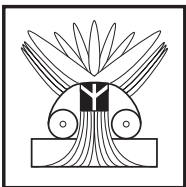


Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunesymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbolen umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbolen weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbolen bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbolen aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

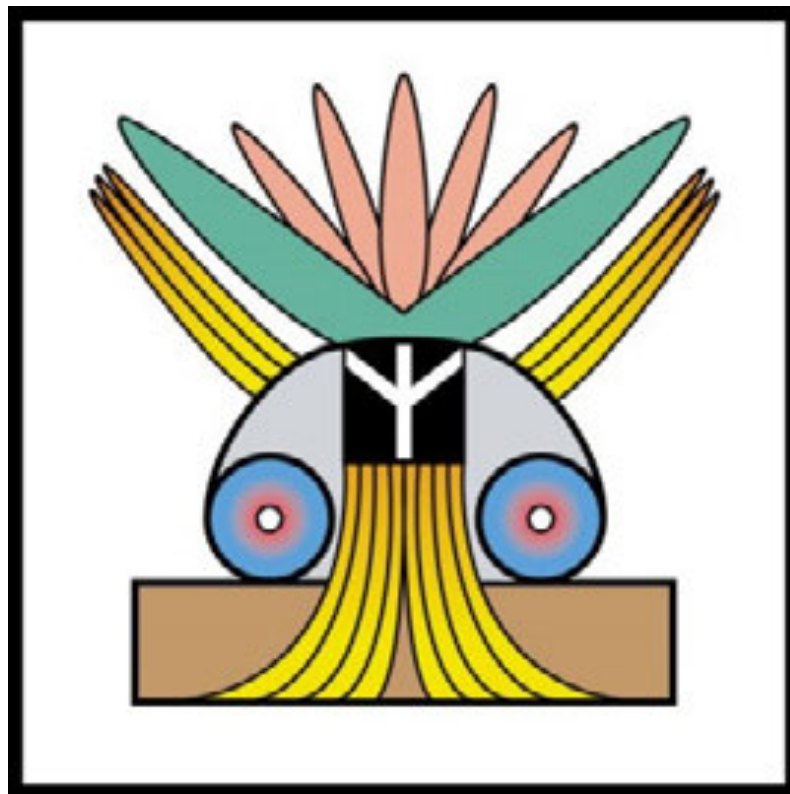
**Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.**

**Das falsche Symbol, die Todesrune,  schafft Unfrieden, Hass und Unheil**

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol  
darauf und verbreitet es!**

**Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.**





Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

## Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden  
And there shall be PEACE on Earth**

**AMANI  
BARIŞ  
PAQE  
PACE  
MMP  
PAIX  
PAZ**

**EIPHNH  
VREDE  
平和  
שלום  
शांति  
سلام  
صلح**

**FIGU.ORG**  
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti  
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Runen fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

### Autokleber

#### Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

### Bestellen gegen Vorauszahlung:

**FIGU**  
Hinterschmidrüti 1225  
8495 Schmidrüti  
Schweiz

### E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org  
www.figu.org  
Tel. 052 385 13 10  
Fax 052 385 42 89



**IMPRESSUM**

**FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

**Druck und Verlag:** FIGU-Wassermannzeit-Verlag,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
**Redaktion:** BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89  
Wird auch im Internet veröffentlicht  
**Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite**

**Postcheck-Konto:** FIGU Freie Interessengemeinschaft,  
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3  
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3  
**E-Brief:** [info@figu.org](mailto:info@figu.org)  
**Internetz:** [www.figu.org](http://www.figu.org)  
**FIGU-Shop:** <http://shop.figu.org>

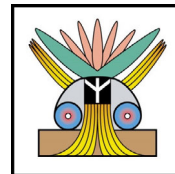


© FIGU 2025  
Einige Rechte vorbehalten.  
Dieses Werk ist, wo nicht anders  
angegeben, lizenziert unter :  
[www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,  
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden  
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber  
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

**Frieden**

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,  
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten  
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt  
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.  
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy